

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

137 (16.6.1922)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Abzugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 23 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 24 M.; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abzählern abgeholt 20 M. monatlich. — Einzelhefte 1 M.

Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Lufthstr. 24, Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einseitige Kolonelleise 3.40 M., auswärts 4.— M. Die Reklamezeile 15.— M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor

Die Konferenz im Haag beginnt

Vertretungen, Hoffnungen, Beratungen, Studienkommissionen

Haag, 15. Juni. (Haager Korrespondenzbüro.) Aus Anlaß der Eröffnung der Haager Konferenz begrüßte der niederländische Minister des Aeußern, v. Karnebeek, die Teilnehmer im Namen der niederländischen Regierung in einer Ansprache, in der er das Ziel der Konferenz in Erinnerung brachte. Die niederländische Regierung habe den Vorschlag angenommen, die in Genua nicht zur Entscheidung gelangten Probleme vorzubereiten. Sie sei der Meinung, daß es sehr vorteilhaft sein könne, auf neue zu versuchen, das Problem der Wiederaufrichtung Ostlands und des Wiederaufbaus des Friedens auf einer gemeinsamen Grundbasis zu lösen. Die niederländische Regierung habe es als ihre Pflicht betrachtet, ihrer Tradition getreu sich mit allen Kräften in den Dienst dieser Sache zu stellen. Von Karnebeek wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus den tiefgehenden Unterschieden in den Prinzipien und Methoden der verschiedenen Staaten und denen der Verfassungen der übrigen Staaten ergeben und darauf, daß das in Ostland herrschende System den wirtschaftlichen Wiederaufbau dieses Landes zu hindern scheine. Nach der bedeutungsvollen Konferenz in Genua sei eine neue Periode eingetreten, in der es darauf ankomme, die grundlegenden Tatsachen zu revidieren und den Versuch zu machen, sie zu studieren und zu gliedern. Der Weg zur ruhigen Überlegung sei geebnet. Der Minister schloß seine Rede mit einem herzlichen Willkommen. Die Versammlung wählte darauf v. Karnebeek einstimmig zum Vorsitzenden der Vorkonferenz.

Nach Meldung mehrerer Blätter aus dem Haag sollen dort die Vorbereitungen für die Konferenz noch stark im Rückstand sein. Am Mittwoch war noch nicht einmal die Tagesordnung für die Eröffnungssitzung festgesetzt. Zum Präsidenten der Konferenz wird wahrscheinlich der ehemalige Generalsekretär im holländischen Ministerium des Aeußern, Ruitim, gewählt werden. Gestern nachmittags fand eine lange Besprechung zwischen den englischen und belgischen Delegierten statt, die in der Hauptsache die Rückgabe des Privatbesitzes zum Gegenstand hatte.

Nach dem „Petit Parisien“ wird man wahrscheinlich von den russischen Delegierten Aufschluß darüber verlangen, weshalb sie sich weigern, einen Teil des beschlagnahmten Eigentums in Natura zurückzugeben. Ferner sei es wahrscheinlich, daß man die Entsendung einer Anzahl von Studienkommissionen nach Rußland beschließen wird.

Englische Kundgebungen für den Frieden in Europa

Lord Balfour erklärte auf der Jahresversammlung der Friedensgesellschaft in London, auf der er den Vorsitz führte, die grundlegenden Fragen, von denen der Friede in Europa abhängt, seien die Regelung der deutschen Reparationen und die Befreiung von Kredit für Rußland. Solange die deutschen Reparationen nicht geregelt seien, werde Europa das „friedlose Europa“ bleiben. Diese Regelung könne nur auf der Grundbasis einer vernünftigen und möglichen Summe erzielt werden. Der deutsch-russische Vertrag von Rapallo bedeute einen Fortschritt. Er sei nicht ein militärischer Garantievertrag, sondern ein Vertrag zur Förderung des Handels zwischen Völkern, die schwer unter den Folgen des Krieges litten.

Die furchtbare Notlage in Oesterreich

Kampfanlage der Wiener Arbeiterschaft — Anschluß an Deutschland

In der „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Wiens unter Hinweis auf die schwere wirtschaftliche Krise einen Aufruf zur massenhaften Beteiligung des arbeitenden Volkes an Versammlungen am Freitag abend, in denen die Forderungen der Arbeiterschaft an die Regierung erhoben werden sollen. Den Versammlungen wird eine Resolution vorgelegt werden, in der es heißt:

Die Gefahr des Ausbruchs von Verzweiflungsdemonstrationen in der Arbeiterschaft naht. Die Versammlung wird die Regierung die Unternehmer, und die bürgerlichen Parteien nachdrücklich darauf aufmerksam machen, daß die Lage der Masse unerträglich geworden, ihre Gebuld zu Ende ist und alle Mahnungen der Vertrauensmänner zur Besonnenheit schließlich an der Verzweiflung und Erbitterung der Masse abzuprallen drohen, wenn nicht schleunigst der Entwertung des Geldes Schranken gesetzt werden. Seit 1 1/2 Jahren, heißt es in der Resolution weiter, hält uns die Entente mit unerfüllten Kreditverprechungen hin. Kann und will die Welt uns nicht helfen, dann kann sie uns nicht daran hindern, in Deutschland Hilfe zu suchen. Die Arbeiterschaft ist bereit, im Falle des Scheiterns der Kreditverhandlungen den Kampf um den wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland aufzunehmen.

Wie der „Wienschen Zeitung“ aus Wien gemeldet wird, haben die Ententevertreter bei den unter englischen und französischen Einfluß stehenden Banken (Wanderbank und Anglo-Bank) interveniert, damit der Regierung folgende größere Devisensummen zur Verfügung gestellt werden. Die beiden Institute haben sich nach einer Mitteilung der „Wienschen Freien Presse“ bereit erklärt, sofort Beiträge von je 10 Millionen Franken für die Regierung flüssig zu machen. Da auch die übrigen

Wiener Großbanken ähnliche Zusagen gemacht haben, wird der Finanzminister schon heute über einen Dividendenfonds von 40—50 Millionen Franken verfügen, der zum Teil zur Begleichung ausländischer Anleihen der Regierung dienen, zum andern der Industrie zur Deckung ihres dringenden Bedarfs überlassen werden soll.

Neue Noten der Entente

Neue Forderungen und weitere Belästigungen

Durch Vermittlung der Kriegslastenkommission hat die Reparationskommission an die deutsche Regierung die angehängte Note zu ihrer Mitteilung vom 31. Mai gerichtet. Die Reparationskommission weist darauf hin, daß durch Einzelberatungen des Garantienkomitees folgende Punkte vereinbart sind:

- 1. Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben des Reiches; 2. mißbräuchliche Kapitalausfuhr; 3. Statistik.

Ueber diese drei Punkte erklärt die Kommission das Ergebnis der Verhandlungen des Garantienkomitees mit der deutschen Regierung abwarten zu wollen. Bei den noch in der Schwebe befindlichen Punkten wird bezüglich der Zwangsankasse erwartet, daß alle Dispositionen getroffen werden, um bis zum 1. Januar 1923 40 Millionen Einheiten zu erzielen. Die Kommission stellt ferner fest, daß der für unterbreitete Zusatznoten keine ergänzenden Einnahmen zur Deckung des Defizits der öffentlichen Betriebe vorliegt. Hierüber erwartet die Kommission von der deutschen Regierung bestimmte Vorschläge. Die Kommission erkennt ferner an, daß das deutsche Gesetz über die Antonisierung der Reichsbank der deutschen Regierung das Recht einräumt, auf den Haag der Finanzoperationen einzuwirken, fordert jedoch, daß zur tatsächlichen Durchführung der Unabhängigkeit der Reichsbank diese nicht nur selbst unabhängig sei, sondern auch unabhängiges Personal haben müsse.

Im Interesse einer Gesundung der deutschen Währung und des deutschen Kredits kann die Unabhängigkeit der Bank erst dann wirksam werden, wenn die Reichsbank nicht mehr die Ermächtigung besitzt, Noten gegen Schatzscheine auszugeben.

Eruentes Vergehen der Justiz im Killinger-Prozess

Der „Vorwärts“ kommentiert den Freispruch des internen Freundes der Erzbergerminister, des Herrn v. Killinger, u. a. treffend und scharf wie folgt:

„Wenn die deutsche Justiz sich einen Wettbetrieb zulegte, so gäbe es für jedermann ein unfehlbares Mittel, Geld zu gewinnen. Man brauche die Prozesse gegen reaktionäre Würdiger, Helfershelfer, Verschwörer, Waffenhändler, Geheimräuber usw. nur auf Freispruch zu setzen, um unfehlbar die Bette zu gewinnen. Die Frage ist nur, ob sich Gegenwärtiger überhaupt finden würden.“

Die Rechtspreffe wird wahrscheinlich trübsinnig darauf hinweisen, daß Killinger von Geschworenen, also einem Volksgericht, freigesprochen worden ist, das in Baden noch besonders demokratisch zusammengesetzt sei. Hier ist schon oft festgestellt worden, daß die Geschworenengerichte keine Volksgerichte sind, daß die Ausübenden der Geschworenen, die in letzter Instanz von den Spitzenrichtern des Landesgerichts vorgenommen wird, in so einseitiger Weise erfolgt, daß die große Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung vom Geschworenenamt ausgeschlossen bleibt. So haben denn gerade die Schwurgerichte in ihrer heutigen Zusammenfassung oft die schlimmsten Belegstücke zu verzeichnen.

Dennoch fragt man sich, wie die Offenbarung Geschworenen zu einem glatten Freispruch Killingers kommen konnten. Einen Willkürgrund haben sie freilich für sich: Es war wie im Prozeß gegen die Mörder Liebknecht und Rosa Luxemburgs: Gegen das Gericht stand die Lügenhaftigkeit einer Aussage von Menschen, die durch gemeinsam begangene Verbrechen und durch ein ins perverse verdrehtes Standesbewußtsein zu einer unheilbaren Einheit zusammengeschnitten waren. Was im Liebknecht-Prozess die Mörderclique des Eden-Hotels war, das erste hier die berüchtigte Organisation C. Einer dieser Verführergarde erwiderte denn auch fallschuldig auf die Frage, warum er bei seiner ersten Vernehmung offensichtlich gelogen hätte: „Es lag doch kein Grund vor, den Leuten gleich die Wahrheit zu sagen.“ Kennzeichnend für die Moral dieser Kreise!

Aber die Reaktionen mögen nicht gar zu laut hierüber triumphieren. Je eindeutiger das völlige Vergehen der Justiz sich kund tut, desto unwiderstehlicher wird die Forderung auf Änderung des heutigen unheilvollen Zustandes immer weitere Kreise ergreifen, desto lauter wird der Ruf nach Justizreform anschwellen, desto schneller wird sich die heutige Unrechtsprechung ihr eigenes Grab graben.“

Vom französischen Militarismus

W.V. Paris, 14. Juni. Die Kammer lehnte mit 285 gegen 268 Stimmen einen Zusatzantrag ab, auf Grund dessen Soldaten aus Familien mit vier oder mehr Kindern nach einjähriger Dienstzeit beurlaubt werden sollen. Der Heeresauschuß und der Kriegsminister erklärten dagegen den Zusatzantrag anzunehmen, auf Grund dessen der älteste Sohn einer Familie von fünf lebenden oder auf dem Felde der Ehre gefallenen Kindern sechs Monate weniger dient. Dieser Zusatzantrag wurde einstimmig angenommen.

Die Not unserer Volkserziehung

Professor Rudolf Wilhelm, Karlsruhe

III a

Die Schule der Republik

Wenn es noch eines Beweises bedurfte für den Unwert des leicht obenaufgerichteten Pirais unserer Vorkriegsmoral, der Krieg erbrachte ihn. Mit der Forderung der Staats- und Polizeigewalt trat automatisch auch eine Forderung der Moral ein und ließ erkennen, daß die gepriesene deutsche Tugendhaftigkeit nur von jener lächerlichen Art war, von der es im „Blar von Walefeld“ heißt, daß sie „Preis bewacht werden muß und daher der Schilbmache kaum wert ist“. Die einseitige Bildung aller Wesen des Staates und der Gesellschaft lehrte, daß viele in unserem Volke, und zwar arme wie Reiche, zur Freiheit nicht erzogen waren. Natürlich hatte das alte System daran auch nicht das mindeste Interesse. Es begnügte sich, Gehorsam und äußerliche Sittlichkeit zu erzwingen. Die Moral haftete in keinem tieferen Hintergrund als der Furcht vor der Polizei, und als der berühmte „Gendarm in der Brust“ abgedankt ward, ging es mit der Sittlichkeit unauffällig ab. Wir brauchen festeren Grund.

Die Republik ist freilich in einer schwierigen Lage. Sie darf den Schwerpunkt der öffentlichen Sittlichkeit nicht in eine gute Polizei verlegen, darf nicht autokratisch auftreten. Anderseits darf sie nicht in Schwäche verfallen und die laßigen Tendenzen, die im Gefolge mancher — nicht aller — Revolutionen auftreten, soweit vordringen lassen, daß sie das Geheimwesen bedrohen. Analole France hat dieses Dilemma treffend gekennzeichnet: „Mit Mäßigkeit richtet man die Republik zu Grunde, mit Gewalttätigkeit auch.“ Die Republik muß die Moral in den Herzen der Staatsbürger verankern, sie muß mit der freiwilligen Einordnung, der selbsttätigen Pflichtenfüllung rechnen, mit einem entwickelten Ordnungssinn, einem natürliehen oder auf Bernunft beruhenden Respekt vor dem Gesetz und den Trägern der Staatsgewalt. Schon in den Schulen muß sie die Jugend mit den Eigenschaften ausstatten, auf die die Staatsform sich gründet.

Unter diesen nimmt die Staatsgefähung den ersten Rang ein. Jedwede Staatsform muß in ihren öffentlichen Schulen die ihr entsprechende Staatsgefähung pflegen, oder sie gibt sich auf. Das ist eine platte Selbstverständlichkeit. Das hat der monarchische Staat auch getan, und zwar ausgiebig. Und hier ist vielleicht der einzige Punkt, wo die Republik unbesam bleiben muß. Solange Republik ist, müssen die staatlichen Schulen republikanische Staatsgefähung vermitteln und dürfen anders gerichtete Propaganda nicht dulden. Keineswegs soll die Schule zum Zümmelplatz politischer Streitigkeiten gemacht werden oder zur Pflanzstätte einer Partei. Uns genügt, wenn an Hand der Verfassungen, die den Schülern gleich beim Eintritt in die Schulen einzuhandigen wären, das öffentliche Leben behandelt wird, und wenn den jungen Leuten, die die Freiheiten so gut kennen, die ihnen der neue Staat gebracht hat, auch die Pflichten erklärt werden, die dieser Staat ihnen auferlegt.

Ein klaffender Unterschied zwischen dem alten und dem neuen System besteht in der Forderung, die Jugend für die Mitarbeit am Staatsleben heranzubilden, sie zur Mitverantwortung zu erziehen. Hier berühren wir uns mit dem antiken griechischen Erziehungsideal, dem das Herabfallen von den öffentlichen Angelegenheiten als schändliche, strafwürdige Unterlassung galt. Die Monarchie hat darin schwer gesündigt, weil es ihr angenehmer war, die Leute blieben unpolitisch und überließen alles mit kindlichem Vertrauen der Weisheit der Herrschenden. Wir haben diese blinde Vertrauensseligkeit schwer büßen müssen.

Gewiß tat die alte Regierung auch einiges für die Erziehung für den Staat. Aber diese Bestrebungen richteten sich vorwiegend auf die Erzeugung jener Opferbereitschaft, um die der ganze Hauber verlogener Kriegstromantik gewoben wurde. Es ist aber gottlos mehr Friede als Krieg, und damit für den Geldbeutel selten Gelegenheit. Wir sehen die Pflicht, fürs Vaterland zu läten und zu sterben, die sittliche wertvollere entgegen, fürs Vaterland zu leben und zu wirken. Der Freistaat wird die Jugend nicht auf einen künftigen Machtkrieg drücken, um die Franzosen aus dem Lande hinauszuschieben, er wird sie lieber zu unbedrossener Arbeit und Sparfamkeit anhalten, um die Franzosen hinauszusahlen. Unter den Bürgertugenden ist eine der wichtigsten die Tugend, gewissenhafte Steuererklärungen abzugeben. Sie schafft Raum für größere und lobenswertere Heldentaten als Schädelspalten und Bombenwerfen. Es ist aber ein bemerkenswerter Widerspruch, daß jene Kreise, die so laut auf ihre Bereitschaft pochen, ihr Blut fürs Vaterland zu opfern, sich so schwer dazu verstehen, auch von ihrem Gut das Nötige zu opfern. In England besteht an den Steuerämtern ein besonderes Konto für sogenanntes „Conscience Money“, d. h. Gewissensgeld, für solche Steuerpflichtige, die sich für zu niedrig eingeschätzt halten, und die, weil ihnen das Gewissen schlägt, wenn sie dem Staat ihren Pflichtbeitrag vorenthalten, in dieses Konto anonym den Differenzbetrag einzahlen können. In Deutschland hätte der Beamte der Gewissensgeldabteilung einen leichten Dienst.

Man kann sich zum Sozialismus feindlich stellen, dem ethischen Gehalt der sozialistischen Gedankenwelt kann sich niemand entziehen. Alle deutschen Bürger bis in das Lager der Rechtsparteien hinein haben in den letzten Jahrzehnten sozial denken gelernt. Wegen das Erziehungsideal, das wir der Welt zu bringen haben, erhebt sich lärmender Widerspruch nur noch auf Seiten der wenigen Unverbesserlichen, der Gangetzflüßler

und Mißgeschick. Wir wollen den Gemeinschaftsmenschen heranzüchten, der weiß, daß er nicht allein auf der Welt ist, daß seine egoistischen Strebungen eine Schranke finden müssen an der Macht der Nebenmenschen. Keiner lebt ihm selber und keiner stirbt ihm selber, sondern jeder ist mit allen Fasern seines Lebens im Volksganzen verflochten, ist mit dem Vaterland auf Erden und Verberb verbunden. Nicht er der Gemeinschaft, so nützt er sich. In der Arbeit für das Wohl der Gemeinschaft muß der Mensch das höchste Ziel erblicken, in der Liebe der Volksgenossen seinen Dank. Und wenn Niemande schreit: „Nicht Bildung der Masse kann unser Ziel sein, sondern Bildung des einzelnen ausgelesenen Menschen“, so sagen wir in gerader Umkehrung:

„Nicht Heranzüchtung von Individualmenschen, von Volksverächtern, von übergeheilten Spinnern und großwahnstinnigen Weltanschauern kann unser Ziel sein, sondern die möglichst große sittliche und intellektuelle Bildung einer möglichst großen Masse. Mit der Moral ist es wie mit dem Reichtum. Nicht das Einzelne möglichst viel davon besitzen, kann erstrebenswert sein, sondern daß möglichst viele möglichst viel davon haben. Wir sind für Bildungsdemokratie und Erziehungsdemokratie.

Hindenburg, Seeht, Geßler u. Cie und die deutsche Republik

Die künftigen Vorgänge, die sich bei dem Hindenburgumsturz in Königsberg abgespielt haben, zwingen u. G. die Reichsregierung und den Reichstag, klare Verhältnisse zu schaffen. Der Reichswehrminister hat sich zu verantworten, warum er die Genehmigung dazu gegeben hat, daß die Königsberger Reichswehr vor Hindenburg eine Parade abgehalten hat. Herr Geßler ist der heilige Boden bekannt, der in Königsberg vorhanden ist, er mußte wissen, daß es zu Konflikten kommen wird, wenn die Truppe der Republik mit in den Mummel einbezogen wird, den die monarchistischen Staatsrechtler in Ostpreußen gegen die Republik bewußt propagandistisch inszeniert haben. Das Reichswehrministerium hat auch die Öffentlichkeit und damit auch die Königsberger Bevölkerung irreführt durch die erste Meldung, daß den Reichswehrtrouppen jede Teilnahme unterjagt sei, eben wegen der provokatorisch inszenierten Veranstaltung, zu der man, wie die „Welt am Montag“ ganz richtig sagt, Hindenburg als den „Geschäftsführender der Monarchie“ heranzog hat.

Herr Geßler ist doch auch Politiker und als solcher muß ihm ebenfalls bekannt sein, wie systematisch die deutschnationalistischen Elemente die monarchistische und damit auch die kontrerevolutionäre Propaganda betreiben. Darum ist die Genehmigung zur Teilnahme der Reichswehr an dem Hindenburgumsturz einfach eine Geste gegen die Republik, ausgeführt von einem demokratischen Minister. Wenn Herr Geßler, der vor Jahresfrist auf einem demokratischen Parteitag die folgenden Worte gesprochen hat: „Ich weiß, was ich will, und das, was ich will, das kann ich auch“, nicht die Kraft besitzt, den reaktionären Offizieren in der Herbeileitung erfolgreich Widerstand zu leisten, dann soll er schämlich seine sieben Zweisöckler packen und sich einen Posten suchen, wo Leute ohne sonderliches Mißgehirn weniger Schaden anrichten können.

Daß Herr v. Hindenburg in Königsberg herum reist in Generalsuniform, Paraden wie ein Fürst abhält, um für den monarchistischen Gedanken Propaganda zu machen, das muß aufhören, sollen nicht über kurz oder lang recht unheilvolle Ereignisse einleiten. Die monarchistisch-militaristische Propaganda teilt immer unerschütterter auf, die Bewegung unter der unter der schamlosesten Lebensmittelwucherlei leidenden arbeitstätigen Bevölkerung wächst zusehend, so daß die nationalpolitischen Freiheiten schließlich zu schweren Zusammenstößen führen müssen. Und daß es in Deutschland Elemente genug gibt, die schuldhaft auf den Moment lauern, um aus den Zerbreiten der Reichswehrbewegungen Konflikte herauszuholen, das muß der Reichsregierung bekannt sein. Das Verhalten des Reichswehrministeriums führt aber auch zur Demoralisation der Truppen. Die Soldaten werden einfach zu einem solchen Mummel kommandiert. Geraten sie dann, wie in Königsberg mit Demonstranten zusammen, die zuvor von den Kommunisten entsprechend bearbeitet worden sind, sieht es blutiger aus und das Resultat ist namenlose neue Erbitterung auf beiden Seiten. Und wir kennen die Offiziere zur Genüge, daß sie die Mannschaften dann ganz gehörig ausputzen. Was das Reichswehrministerium in Königsberg gebildet hat, ist

wenn auch nicht beabsichtigt, so doch in der Tat Arbeit für schwere innere Kämpfe, Missetatung sowohl für die Rechte wie für die Linkshörschwärmer. In dem furchtbaren Daseinskampfe, den das deutsche Volk gerade jetzt wieder führen muß, vergeht sich ein Minister gräßlich an den Gesamtinteressen, wenn er sich so verhält, wie Herr Geßler bei der Hindenburgparade nach Ostpreußen. Und da darf es auch keine Rücksicht auf die demokratische Partei geben. Entweder ist sie gewillt und bereit, die Demütigung zu schlingen, dann muß auch sie ihrerseits sich gegen Herrn Geßler wenden, oder sie ist nicht bereit, weil sie Angst vor der eigenen Courage hat, dann hat es erst recht keinen Sinn, auf sie Rücksicht zu nehmen.

Die Mitgliederzahlen der U. G. P.

Die Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratie hat ihren Landesorganisationen ein Rundschreiben zugehen lassen, das über den Stand der Mitglieder in den Bezirken nach deren Angaben, zum Teil nach Schätzungen, Mitteilung macht. U. a. heißt es: Die Angaben sind aber möglichst nach unten berechnet worden. Die Erfütterung der Organisation ist zum Teil doch so groß gewesen, daß es den Bezirksleitern schwer ist, zur Zeit genaue Angaben zu machen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt nach den früheren Erfütterungen etwa 15 sein dürfte, also etwa 50 000.

Es folgen die zahlenmäßigen Angaben:

Baden	4 000	Ostpreußen	10 000
Bayern	19 681	Sachsen	10 099
Berlin-Brandenburg	50 000	Leipzig	60 000
Braunschweig	12 139	Dresden	13 377
Bremen mit Oldenburg	11 500	Chemnitz	2 133
Hamburg	15 000	Flauen	8 602
Danzig	15 000	Hilfen	2 253
Frankfurt a. M.	15 000	Niederschlesien	1 500
Galle	1 400	Oberschlesien	1 000
Hannover	1 500	Sachsen-Anhalt	624
Hessen-Waldeck	1 000	Sachsen	7 790
Magdeburg	8 696	Schlesien	35 911
Meklenburg	400	Thüringen	20 000
Mittelrhein	593	Westf. Westfalen	15 000
Niederrhein	25 000	Württemberg	8 500
	168 959		191 789
			168 859
			Summe 360 648

Angenommen, die Differenz stimmen, dann ergibt ein Vergleich mit der SPD. folgendes: Unsere Partei mußte nach dem Verlust des Parteivorstandes an den Göttinger Parteitag im vorigen Jahre 1 221 039 Mitglieder, also bald das Vierfache.

In einem anderen Rundschreiben teilt die Zentralleitung der U. G. P. mit, daß sich die Parteimitglieder in einer Sitzung vom 21. März mit der Stellungnahme zur Wahl des Reichspräsidenten beschäftigten. Das Rundschreiben sagt darüber:

„Nach eingehender Beratung kamen die Vorkämpfer zu dem Schluß: Die Wahl des Reichspräsidenten ist eine politische Aktion von so weitgehender Bedeutung, daß eine Beteiligung unserer Partei daran notwendig erscheint. Die Parteizentrale wünscht, daß die Genossen in den örtlichen Organisationen nun auch ihrerseits die Frage der Stellung unserer Partei zur Wahl des Reichspräsidenten erörtern, damit die Meinungen geklärt werden.“

Die Arbeiten des Reichstags

Der Reichstagsausschuß des Reichstags legte am Mittwoch den Geschäftsplan für die gegenwärtige Tagungsbauer fest. Am Freitag sollen die Anwesenheitsliste und die Anträge wegen Abänderung des Einkommensteuergesetzes und des Erbschaftsteuergesetzes beraten werden. Voraussichtlich werden diese Entwürfe bzw. Anträge ohne Debatte an die Ausschüsse verwiesen werden. Für Dienstag oder Mittwoch der nächsten Woche ist eine große politische Aussprache geplant, in der besonders das Reparationsproblem zur Debatte steht. Am Samstag dieser Woche soll die Schlichtungsordnung und das Disziplinargesetz für die Wehrmacht am Montag das Gesetz über die Getreibeumlage erledigt werden. Auf eine Anfrage des Reichstages über die Wehrmacht, der der Sitzung beizugehen, wann das Gesetz über Maßnahmen zur Verringerung der Not der Presse vorgelegt würde, erklärte der Kanzler, daß dieses Gesetz am Mittwoch nachmittag im Kabinett zur Beratung gestellt würde und in den ersten Tagen der nächsten Woche dem Reichstag zugehen soll.

Am 20. Juni wird der Reichstag der Stadt München einen Besuch abstatten und mit den Mitgliedern des Bayerischen Land-

tags zusammenzutreffen. Anschließend erfolgt der Besuch der Oberammergauer Passionsspiele. — Am 28. Juni sollen die großen Sommerferien beginnen.

Teuerungsmassregeln für die Kriegsopter

Die Verbesserungsanträge der Sozialdemokraten über die Teuerungsmassregeln für Kriegsopter sind dem Reichstagsausschuß für Kriegsopter zugehen. Die Regierungsvorlage sah einen Ausschluß derjenigen Beschäftigten von dem Genutz dieser Teuerungsmassnahmen vor, deren Erwerbsfähigkeit um weniger als 50 Prozent gemindert ist. Auf Antrag des Abg. Genossen Meier (Bremen) beschloß der Ausschuß, die Teuerungsmassnahmen schon bei einer Erwerbsminderung von mehr als 30 Prozent zu gewähren. Auf Antrag des Unabhängigen Abgeordneten Meier (Bremen) beschloß der Ausschuß, die Bestimmungen der Teuerungsmassnahmen auszuweiten, soweit sie weder erwerbsfähig noch einer erwerbsfähigen Witwe gleichgestellt sind.

Deutscher Reichstag

228. Sitzung vom 14. Juni, 2 Uhr mittags
Der Reichstag hörte am Mittwoch bei sehr geringer Besetzung den Schluß der Debatte über das Jugendmohrfahrtsgesetz an. Eine sehr sachliche und gute Rede hielt die Demokratin Dr. Lüders. Ein Kommunist hielt den üblichen Moskauer Vortrag über die Diktatur des Proletariats, den der Reichstag bei jeder Gesetzesvorlage, die habe einen Inhalt wie sie molle, über sich ergehen lassen muß. Vor Beginn der Abstimmung dankte Staatssekretär Schulz dem Reichstag für die mühselige Arbeit, die das Parlament zum Zustandekommen dieses Gesetzes geleistet habe. Sein Lob ging, so weit es die Demokraten und das Zentrum mit betraf, allerdings vorläufig etwas zu weit, denn bei der beider bürgerlichen Parteien wieder einmal einen Teurbruch, der zu noch größerer Verwirrung bei dem Abschluß von Kompromissen mit diesen Parteien zwingt. Es war ver einbart, das Gesetz am 1. April 1923 in Kraft treten zu lassen. Nach der zweiten Lesung stimmten die beiden bürgerlichen Regierungsparteien mit uns für diese Bestimmung. Bei der dritten Lesung unterstützten die männlichen Abgeordneten beider Parteien gegen ihre weiblichen Fraktionsmitglieder einen Antrag der Bayerischen Volkspartei, das Gesetz erst am 1. April 1925 in Kraft treten zu lassen. Der § 71 des Gesetzes, der einen Erziehungsausschuß für Fürsorgebedürftige ohne Beschränkung bringt, sollte am 1. Januar 1925 in Kraft treten. Durch ihren Verrat erreichten die männlichen Mitglieder des Zentrums und der Demokraten, daß dieser Paragraph erst vom 1. Januar 1927 an Geltung erhält. Das gesamte Gesetz wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. — Die Unabhängigen hatten im Ausschuß mit uns gemeinsam gearbeitet, im Plenum aber trennten sich bei manchen Fragen taktisch unsere Wege. Die Unabhängigen brachten Anträge ein, für die wir im Ausschuß gemeinsam gestimmt hatten. Da diese Anträge bei der Haltung der bürgerlichen Parteien keine Mehrheit finden konnten, mußten wir uns mit dem Ergebnis des Kompromisses begnügen.

Auf der Tagesordnung stehen Interpellationen der Sozialdemokraten und Unabhängigen gegen antirepublikanische Kundgebungen von Angehörigen der alten Armee und Beteiligung der Reichswehr an den Reichstagsparlamenten sowie über die Vorgehensweise der Königsberger Hindenburgfeier. Die Tagesordnungsmittelpunkte sind zur Erörterung der Geldfrage in der Reichswehrangelegenheit und der Angelegenheiten der Reichswehrangelegenheiten auf den Gehörden Betrag wird ohne Aussprache in allen drei Redungen angenommen. — Der Gesetzentwurf über Konjunkturstillschließung am einen Ausschuß.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfes zur weiteren Entlastung der Gerichte. Der Entwurf will die Vergütung für die Justizbediensteten der Amtsgerichte in bürgerlichen Reichsgerichten von 3000 M auf 100 000 M erhöhen. Gleichzeitig soll die Vergütungssumme von 300 M auf 1500 M und die Besoldungssumme von 50 auf 300 M heraufgesetzt werden. Zur Entlastung des Reichsgerichts auf dem Gebiete der bürgerlichen

Die Islandfischer

Von Pierre Loti (Fortsetzung)

Nach seiner Heimkehr im November galt es, bei mehreren Freunden die Hochzeit als Brautführer mitzufeiern. Dazu trat er jedesmal seinen Bestanzen, war nach Witternachtsmahlzeiten betrunken und blieb bis zuletzt. Jede Woche hatte er ein anderes Abenteuer, und die Mädchen beizien sich, es Gaud in Liebeserzählungen wieder zu erzählen.

Dies oder jenes hatte sie ihn auf ihrem Weg von weitem daher kommen sehen, aber jedesmal Zeit gehabt, ihm auszuweichen. Und er machte es ebenso — erblühte er sie aus der Entfernung, so ging er querfeldein. Wie durch stillschweigendes Einverständnis flohen sie einander.

15.

In einer der Gassen von Reims, die zum Gaud führen, lebt eine dicke Frau, Namens Tressolere; sie hält eine Schenke, die bei den Islandern sehr beliebt ist. Bei Frau Tressolere dinsten die Kapitane und Necker ihre Mannschaften, suchten sich die Kräftigsten aus und begießen die Kommande mit einem kräftigen Trunk.

In ihrer Jugend war sie schön, jetzt zwar immer noch zügelnd für die Galanterien der Fischer, ist sie aber nicht mehr hübsch, sondern breit geworden wie ein Mann, hat einen Schnurrbart und ein freches Mundwerk. Trotzdem sie eine echte Marktenten ist, liegt etwas Nonnenhaftes in dem Gesicht mit der weichen Haut, sie ist ja eine Vetonin. Von den Matrosen des ganzen Landes hat sie die Namen im Kopf; sie kennt die guten so sicher wie die schlechten und weiß ganz genau, wie viel sie verdienen und was sie wert sind.

Gaud war einmal im Januar zu ihr bestellt, um ihr ein Nest zu machen und arbeitete in einem Zimmer, das hinter der Gaststube lag.

In beiden Seiten der Haustür stehen starke Eichenpfosten; sie liegt geschützt, da nach alter Bauart das erste Stockwerk vorgebaut ist; der Wind bläst aber so stark vom Meer herauf, daß man oft mehr in den Hausgang hinein gefegt wird, als daß man geht. Die tiefe und niedrige Gaststube ist weiß getüncht und von Bildern in Goldrahmen geziert, die lauter Schiffe, eine Landung oder einen Schiffbruch, darstellen. In der Ecke steht auf einer Kommode unter künstlichen Blumen eine Madonna aus Steingut.

Diese alten Mauern haben manch dröhnenden Matrosengesang gehört, manchmal wilde und ausgelassene Fröhlichkeit mit angehen; haben sie doch schon die bewegte Zeit der Corsaren mit erlebt. Die Islander von heutzutage sind wenig verschieden von ihren Vorfahren und an den meisten Eigenschaften ist manches Menschen Glück oder Unglück zwischen Halbberauschton abgemacht worden.

Während Gaud an dem Nest arbeitete, spielte sie die Örtchen, um durch die dicke Holzwand etwas über Islandische Angelegenheiten zu vernahmen, worüber Frau Tressolere mit zwei alten pensionierten Matrosen sprach, die ihr Glaschen tranken.

Sie redeten von einem schönen neuen Schiff, das im Hafen lag und eben aufgestellt wurde; es wäre jedoch gar keine Möglichkeit, daß die „Leopoldine“ bis zur Abfahrt der Islander klar würde.

„Wenn ich aber sage, sie wird klar, so wird sie es!“ entgegnete die Wirtin. „Gestern hat sie sich doch schon mit Mannschaften verabschiedet; alle die von der „Marie“, die auf Worsch verkauft wird. Hier an meinem Tisch haben sie sich verabschiedet und mit meiner Feder unterschrieben, und fünf Prachtstücke, schändere ich euch, der Raumer, August Carl, von Tuff, der junge Kerzler von Regnier und der große Diam Gaud von Pors-Geen, der ihrer drei wert ist.“

Die „Leopoldine“... der kaum benannte Name prägte sich augenblicklich fest in Gauds Gedächtnis ein — das Schiff, welches Mann forttragen sollte! Und die „Leopoldine“ beschäftigte ihre Gedanken auch wieder, als sie am Abend in Poubaglanec mit der Arbeit bei der Lampe saß. Personennamen haben so gut wie die Schiffe ihre eigene Physiognomie und der neue, ungewöhnliche Name Leopoldine verlockte und peinigte sie, bis er zur Qual für sie ward. Sie hatte gedacht, Mann würde wieder auf der „Marie“ Dienst nehmen, auf dem Schiff, das sie einmal besucht hatte und kannte, und welches die hübsche Jungfrau während langer Jahre auf seinen Reisen beschützt hatte. Und nun wurde alles anders; Mann ging auf die „Leopoldine“, und das verursachte ihr Angst.

Aber bald sagte sie sich, daß sie das alles gar nicht anginge — nichts was Janns Interessen irgendwie betraf — sie hatte kein Recht dazu. Was konnte es ihr schieflich auch ausmachen, ob er auf diesem oder jenem Schiff war, daheim oder draußen? Komme sie noch unglücklicher sein, wenn er sich in Island befand, und warmer Sonnenschein über den Hüften lag, wo bereitwillige, sorgenvolle Frauen wohnten? Oder wenn der

Derüst die Fischer unterteilt zurück führt, was ging sie das an, für die es weder Freude noch Hoffnung gab? Da er so gar den armen kleinen Schlichter vergessen hatte, gab es ja kein einziges Land mehr zwischen ihnen. Sie mußte begriffen lernen, daß der einzige Wunsch und Traum ihres Lebens zu Ende sei, mußte sich losreißen von diesem Mann, von allem, was mit ihm zusammenhing, schloß das Wort „Island“, das einen so schmerzlichen Reiz für sie hatte, mußte sich zu befreien suchen, jeden Gedanken an ihn aus ihrem Kopf hinauszuwerfen, es war ja aus, und aus immer.

Willeddoll betrachtete sie die arme alte Frau, die wieder eingeschlafen war. Die Großmutter brauchte sie ja, einmal aber würde sie doch sterben, und wozu sollte sie dann noch leben und sich plagen?

Darüber hatte sich ein Westwind aufgemacht, und hoch beugend wieder die monotone Musik von der Dachtraufe. Gewisse Tränen begannen zu fließen, bittere Tränen einer verlassenen Witwe; kaltig neigten sie ihre Lippen und tropften auf die Arbeit. Ihr schwindelte vor dem Bild ins Meer, das ihr Leben war, und da sie vor Weinen doch nichts mehr lesen konnte, legte sie die weite Tante der Frau Tressolere zusammen und ging schlafen.

Sie fuhr aber in dem schönen Frühlingsschiff — alles in der Gütte wurde ja mit jedem Tag älter und feuchter — der junge Körper wurde aber doch endlich warm und sie weinte sich in Schlaf.

16.

Nach langen düsternen Wochen war der Februar herbeigekommen, und es gab schon ziemlich schone und milde Tage. Jann war bei seinem Necker gewesen, um sich seinen Anteil am Rang des verangenen Sommers zu holen — fünfzigshundert Franken — die er nach Familiengebrauch seiner Mutter bringen wollte. Das Jahr war gut gewesen, und er war zufrieden.

Als er Poubaglanec erreicht hatte, sah er eine alte Frau mit ihrem Stock in der Luft herumstehen, umgeben von einem Haufen schreiender und lachender Kinder, die sie offenbar beschützten... Die Großmutter Moan!... Die gute Großmutter, die Schlichter angebetet hatte, jetzt schamlos und gerissen, war zum Kinderstopp geordnet!... Das schreit Jann ins Herz.

Die bösen Ruben hatten ihre Rache geteilt; sie bedrohte sie mit dem Stock und lachte voll Vergnügen: „Ach, wenn nur mein armer Junge noch da wäre, dann hätte ich das nicht gewagt, ihr nichtnutzige Bande!“ (Fortsetzung folgt)

Rechtspflege soll durch eine Erhöhung der Revisionssumme von 4000 auf 20 000 M die Zahl der an das Reichsgericht gelangenden Sachen vermindert werden. — Die Vorlage wird dem Reichsausschuß überwiesen.

Die zweite Beratung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes wird hierauf fortgesetzt. — Abg. Reuthäuser (Dp.) fordert eine längere persönliche Fühlung zwischen Berufsordnung und Minister. Abg. Dr. Löwenstein (Dp.) beantragt für § 1 eine Fassung, die den öffentlichen Charakter der Jugendhilfe festlegt. Die Jugendämter seien wertlos, solange ihnen das Recht der Ergreifung fehlt.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) stimmt dem Gesetzentwurf zu. — Abg. Heidemann (Komm.) lehnt den Gesetzentwurf ab. Staatssekretär Schulz: Ich habe die angenehme Pflicht, dem hohen Hause für das Wohlwollen, das es diesem Gesetzentwurf von Anfang an entgegengebracht hat, zu danken. Die lange Vorbereitungszeit, die dieser Entwurf erforderte, erklärt sich aus der Mannigfaltigkeit und Schwierigkeit der durch dieses Gesetz zu lösenden Aufgaben. Mit den vom Ausschuß vorgenommenen Änderungen wird die Regierung sich im Hinblick auf die bei den Ausschußbeschlüssen zu Tage getretene Einmütigkeit einverstanden erklären. Sie bittet aber, jetzt nur noch solche Änderungen einzubringen, für die eine Mehrheit sicher ist, damit die Verabschiedung des Gesetzes nicht verzögert wird. — Damit ist die allgemeine Aussprache beendet.

§ 1 wird in der Ausschlußfassung angenommen, ebenso weitere Paragraphen unter Vorbehaltung unabhängiger und deutsch-nationaler Anträge. Der Antrag, der das Gesetz schon zum 1. April 1922 in Kraft gesetzt wissen will, findet gleichfalls Annahme. — Auch in dritter Lesung wird das Gesetz angenommen. Das Gesetz über die Zulassung der Frauen zu den Ämtern beim Reichsausschuß wird dem Reichsausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr: Anträge, Zwangsanleihe, kleinere Vorlagen. — Schluß nach 6 1/2 Uhr.

Badische Politik

Die Teuerung in Baden

Nach den „Statistischen Mitteilungen“ ist die badische Landesindexziffer von 3143 (1913/14 gleich 100) im April ds. Jrs. auf 3771 im Mai ds. Jrs. d. h. um 7,2 v. S. gestiegen. Die in diese Statistik einbezogenen Lebensbedürfnisse — Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung — kosten also heute im Durchschnitt 33 1/2 Prozent mehr als vor dem Kriege. Im Mai hat sich infolgedessen die Teuerungsbewertung etwas verlangsamt, denn im April hatte die Steigerung 19,5 % betragen.

Bei den einzelnen Lebensbedürfnissen ist die Preisbewegung ganz verschieden. Eine ansehnliche Steigerung — von April auf Mai — weisen insbesondere die Preise für Brennmaterialien auf, aber auch die Preise für die wichtigsten Lebensmittel sind wieder in die Höhe gegangen, so für Brot, Milch, Butter, Schmalz, Margarine, Fleisch, Eier, Zucker usw. Ebenso ist die Entwicklung der Teuerungszahlen recht ungleichmäßig. Während die Zahlen von Waldschut und Konstantz — von April auf Mai um 3,8 bzw. 3,0 v. S. zurückgegangen sind, ist z. B. die Teuerungszahl von Kollnau um 26,1 v. S. gestiegen. In Mannheim erhöhte sich die Teuerungszahl um 5,8 v. S., in Karlsruhe um 5,0 v. S., in Freiburg um 10,0 v. S., in Pforzheim um 12,2 v. S., in Heidelberg um 2,2 v. S.

Wahlbarkeit von Nichtbadenern zu Bürgermeistern

Nach der badischen Gemeindeordnung vom 5. Oktober 1921 wäre zum Bürgermeister oder besoldeten Gemeinderat nur wählbar, wer am Wahltag seit 6 Monaten auf der Gemarung seinen Wohnsitz hat. Eine solche Einschränkung gegenüber der bisherigen Rechtslage würde aber den Bedürfnissen der Gemeinden nicht entsprechen, sie lag auch nicht in der Absicht des Gesetzgebers. Die Regierung hat deshalb dem Landtag einen Änderungsvorschlag eingebracht, der besagt: „Die Wahlbarkeit zum Bürgermeister oder besoldeten Gemeinderat ist nicht dadurch bedingt, daß der zu Wählende bereits den Wohnort auf der Gemarung hat.“

Der Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung beschloß sich am Mittwoch mit dieser Frage. Es wurde bemerkt, weshalb es es zwar beabsichtigt, dem abzuändernden Gesetz rückwirkende Kraft zu geben, aber aus Zweckmäßigkeitsgründen wäre dies erforderlich. Von einem Redner wurde hervorgehoben, daß nach der Staatsrechtslehre dem Gesetz rückwirkende Kraft verliehen werden kann. Ein demokratischer Antrag, die Worte „mit Wirkung vom 1. April 1922“ zu streichen, wurde mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Ein Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion stellte den Antrag, der in Frage kommenden Sach wie folgt zu fassen: „Wahlbar zum Bürgermeister und besoldeten Gemeinderat ist jeder Reichsbürger, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.“ Von einem Mitglied der deutschen Volkspartei wurde der sozialdemokratische Antrag reaktionell abgelehnt und erwidert, indem es hinzugefügt, daß der zu Wählende zur Reichsbürgerfähigkeit auch die badische Staatsangehörigkeit besitzen oder erwerben muß.

Bei der Abstimmung wurde der erste Satz einstimmig angenommen, ebenso der 2. Satz aber gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und des kommunistischen Vertreters.

Badischer Landtag

gr. Karlsruhe, 13. Juni

Nachmittags-Sitzung

Auf die Anfrage des Abg. Wüller (Dp.) bezüglich Aufhebung des Frankensuchs beim schweizerischen Grenzverkehr teilt Ministerialdirektor Rees mit, daß eine sofortige Aufhebung nicht möglich ist; die Regierung befindet sich zur Zeit in Erwägung, die Gebühr niedriger zu gestalten.

In Fortsetzung der vormittägigen Wohnungsdebatte wendet sich Abg. Dr. Herfurth (Ztr.), der auf der Tribüne schwer vernehmlich ist, gegen das wucherische Gebaren von Gemeinden beim Kapitalverkauf. Mit der Raubtierfreiheit des Großkapitals kommen wir nicht mehr aus. Wir brauchen eine gebundene Wirtschaft, die jedoch keine Planwirtschaft zu sein braucht. Die sozialen Baubetriebe sollten eine Bevorzugung gegenüber privaten Betrieben genießen.

Abg. Forter (Soz.): Beim Wohnungswucher möchte ich vor allem auf den Wucher mit Einzelzimmern und möblierten Zimmern hinweisen. Vor allem gegen hierüber Klagen über einen privaten Wohnungsmarkt aus Mannheim vor. In Wohnungsalarmitäten befinden sich vor allem auch die pensionierten Lehrer, die ihre Dienstwohnung verlassen müssen. Auch auf dem Lande ist die Wohnungsnot groß. Doch ist sie in den arden Städten am

größten. (Im Hause herrscht eine solche Illusion, daß der Wucher kaum verständlich ist.) Gegenüber Herrn v. Au möchte ich betonen, daß in den ersten Jahren nach dem Krieg starker Baustoffmangel herrschte. Wenn die Hausbesitzer produktive Arbeit leisten, bin ich für Entschädigung dieser Arbeit. Keine produktive Arbeit aber ist es nach Formen zu finden, wie man die Mieten erhöht. In den Baugenossenschaften leisten die Arbeiter im Verwaltungsrat unentgeltlich Arbeit. Der wahre Grund, weshalb die Hausbesitzer so sehr die Befreiung der Zwangswirtschaft verlangen, liegt in der damit zu erreichenden Steigerung der Mietpreise.

Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft

mühten in Baden statt wie bisher 2 1/2 Milliarden 150 Milliarden im Jahre für Mieten ausgegeben werden. Im Reich wäre es ähnlich. Wir können auf zweitausend Milliarden Mark pro Jahr für Mieten. Dementsprechend müßten die Löhne erhöht werden. Die Mietpreise müßten entsprechend arbeiten. Der Staatsbankrott stände dahinter. Meinen möchte ich, daß wir in Baden Herrn Dr. Kampfmeyer viel zu verdanken haben (Zwischenruf: Hagenhies). Er war der Anreger und Förderer der Gartenstädte und Baugenossenschaften. Im Aufsichtsrat von Hagenhies saßen außer Herrn Kampfmeyer eine Reihe sachverständiger bürgerlicher Herren. In die Erzeugung von Baustoffen hätte man ernsthafter und rechtzeitiger beruhten sollen; hierdurch ist auch eine Verteuerung eingetreten. Gegen die sozialen Betriebe wird bürgerlicherseits ein Kampf geführt; auch von Staat und Gemeinden werden sie wenig berücksichtigt. In anderen Ländern werden sie staatslicherseits stark unterstützt; deshalb sollten sie auch bei uns sowohl bei Vergütung von Arbeiten wie finanziell unterstützt werden. Den Ausschlußantrag können wir in verschiedenen Zeiten nicht annehmen, da Abbau der Zwangswirtschaft verlangt. Wir hoffen, daß durch das Gesetz die Wohnungsnot etwas gelindert wird. Ganz wird damit die Wohnungsnot aber nicht beseitigt werden. Wir werden deshalb auch weiterhin bereit sein, Mittel zur Behebung der Wohnungsnot zu bewilligen.

Abg. Waeger (Dp.) erklärt sich als Gegner jeder Zwangswirtschaft, also auch der Zwangswirtschaft. Ich wünsche, daß die freie Wirtschaft wieder eingeführt wird.

Arbeitsminister Dr. Engler:

Gegenüber dem Abg. v. Au möchte ich bemerken, daß es nicht möglich war im Reichstag ein anderes Mietengesetz aufzustellen zu bringen, weil ein Teil der Abgeordneten versuchte, möglichst viel abzuhandeln, um im letzten Moment doch dagegen zu stimmen. Es liegt eben ein Kompromiß vor. Soweit dies möglich, wird der freie Vertrag zugelassen. Doch sind gesetzliche Normen nötig. Beim Mieterbeschutzesgesetz gehen auch nur die Bestimmungen über die Kündigung zu weit. Die Mieteneinigungsämter sollten mit den ordentlichen Gerichten verbunden werden. Voraussetzungen sollten bei solchen Streitigkeiten aber nicht zugelassen werden, damit die Entschlüsse schneller gefaßt werden können. Aber bei den Hausbesitzern noch bei den Mietervereinigungen ist bis vor kurzem das genügende Verständnis für die Notwendigkeit des Bauens vorhanden gewesen. Dann fehlten aber auch Baustoffe, woran vor allem der Kohlenmangel schuld war. Bei gewerblichen Betrieben sollte den Gemeinden die Möglichkeit erhöht werden, den Interessenten wie alle Staatsbetriebe nicht gerne geben; rentieren sie nicht, dann wird gesagt, es ist ein Staatsbetrieb; werden sie kaufmännisch betrieben und rentieren, dann wird auf die Konkurrenz geschaut. Die Baustoffbeschaffung ist den Interessenten unbenommen. Die Ausfuhr von Baustoffen kann nicht freigegeben werden; es ist hier eine Regulierung nötig. Wenn es mit der Auszahlung der Baustoffzuschüsse hapert, so liegt es nicht an uns. Die Zuschüsse werden oft nicht richtig eingereicht. Die Förderung des Wohnungsbaus geschieht aus der Erkenntnis, daß dies der beste Wohnungsbau ist. Wir müssen daran denken, daß wir jahrelang mit unseren Mietbesitzern den rüchigen Wohnbau hatten. Unser Einfluß auf den Baustoffmarkt ist nicht groß. Wenn die freie Wirtschaft einmal da ist, ist eine Gegenwirkung sehr minimal. Meinen Standpunkt vom Kaffee Parteilager über das Wohnungswesen teile ich auch heute noch. Solange jedoch der politische Geist in den Herzen der Menschen ist, lassen sich diese Pläne nicht durchführen. Ich hoffe jedoch, daß ein anderer Geist in die Menschen einzieht. Wenn man

die Neben zur Wohnungsfrage

hört, so meint man, die Beiträge seien nicht aufzubringen. Die Marktüberhöhung ist dem Vorjahre nach das Doppelte der Wohnungsfrage aus der Arbeiterorganisation müssen diese Beiträge in ihre Kartei hineinrechnen gleich den Beamten. Die beiden Massen müssen sich in der Gesellschaft eine Stellung erkämpfen, die sie zu den Leistungen am notwendigen Aufbau befähigen. Hier hilft nicht die vom Abg. v. Au vorgeschlagene Entschleunigung, sondern nur die Arbeit in der Erstellung neuer Wohnhäuser. Denn eine Entschleunigung einzelner Wohnungen schafft keine Abhilfe in größerem Ausmaß. Wir haben in Baden gebaut, soweit Geldmittel und Baustoffe zur Verfügung standen. Wir können den Gemeinden nur Mittel und Baustoffe zur Verfügung stellen; alles andere muß den Einzelnen überlassen bleiben. Die Bezirksämter teilen auf Anfrage mit, daß sie mit den sozialen Baubetrieben zufrieden sind. Wir können keine Raubtierfreiheit brauchen. Es geht nicht an, auf der einen Seite Zölle zu verlangen, auf der anderen freie Wirtschaft. Denn auch Zölle sind Eingriffe in die Wirtschaft. Den Mietkataster bekommen wir jetzt ganz von selbst. Den Antrag v. Au auf sofortige Befreiung der Zwangswirtschaft bitte ich abzulehnen. Den Antrag Fischer-Meisenheim bitte ich abzulehnen. Den Antrag Fischer-Meisenheim, auch bei Umbauzuschüssen der Staat ausgeschaltet wird. Wir können dem Gesetz nur zustimmen, wenn unser Antrag angenommen wird.

Abg. Fischer-Meisenheim (Dp.) kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß bei den Umbauzuschüssen der Staat ausgeschaltet wird. Wir können dem Gesetz nur zustimmen, wenn unser Antrag angenommen wird.

Abg. Dr. Kullmann (Soz.): Ich möchte mich nur zum Mieterbeschutzesgesetz äußern in dem Sinne, wie der Mieter vor Kündigung und Vollstreckung zu schützen ist. Ursprünglich sollte das Mieteneinigungsamt nur als Verwaltungsbehörde gelten; sehr bald ging es jedoch dazu über, eine rechtsprechende Behörde zu

werden. Wenn in Baden einmal die Kündigung genehmigt ist, ist die Kündigung möglich. Die Vollstreckung dieses Mieteneinigungsamtes hängt dann nur noch vom Wohnungsausschuß ab. Dies ist ein unerträglicher Zustand. Es geht nicht an, daß man in der Zeit einer starken Wohnungsnot die heutigen Sitten beibehalten läßt. Es muß ein Sicherheitsventil gegen die Vollstreckungen geschaffen werden.

Abg. v. Au (Dp.): Nur durch Beweglichkeit kann der Wohnungsnot geteilt werden.

Abg. Dr. Schofer (Ztr.) erklärt nicht verstehen zu können, wie der Landbund seine Zustimmung zur Annahme des Gesetzes von der Annahme seines minder wichtigen Antrags abhängig macht. Im Ausschuß wurde der Antrag nicht gestellt. Da waren die Mitglieder des Landbundes stumm. Dies ist auffällig und widerspricht den Sitten, die bisher im Hause üblich waren.

Arbeitsminister Dr. Engler äußert sich nochmals zum Antrag Fischer-Meisenheim bezüglich Staatszuschuß bei Umbauten dahingehend, daß irgend ein Zuschuß nur in Frage kommen kann, wenn beim Umbau mehr Wohnungen als zuvor erstellt werden. Bei Einfurtzgefahre eines bestehenden Hauses gibt der Staat auch einen Zuschuß. In anderen Fällen kann er dies jedoch nicht tun. Der Antrag Fischer würde eine Vermehrung des Beamtenpersonals erfordern. Denn die Umbaufrage muß beiderseits geprüft werden.

Eingegangen ist ein Antrag Marum (Soz.), Olsaker (Dem.), Weber (Dp.), die Regierung möge prüfen, ob bei Einbauten in bestehende Gebäude nicht entsprechende Zuschüsse gewährt werden können.

Ferner ging ein Antrag Heurich (Ztr.) und Forter (Soz.) ein, dem Ausschußantrag anzufügen, daß eine bevorzugte Förderung der badischen Baustoffindustrie mit Kohle sichergestellt wird.

Abg. Fischer-Meisenheim (Dp.) erklärt gegenüber dem Abg. Dr. Schofer keine Drohung bezüglich Ablehnung des Gesetzes ausgesprochen zu haben. — Abg. Dr. Schofer (Ztr.) verweist sich dagegen, den Landbund angegriffen zu haben. — Abg. Klaber (Dp.) erklärt für das Gesetz zu stimmen, da das Zentrum für den Landbundantrag stimmen will.

Das Wohnungsabgabegesetz wird im Sinne der Ausschlußbeschlüsse mit allen Stimmen gegen die Stimmen von 2 unabhängigen und einem Kommunisten in beiden Lesungen angenommen.

Der Antrag v. Au (Dp.) unverzüglich den parlamentarischen Abbau der Zwangswirtschaft des Wohnungswesens in die Wege zu leiten, wird mit 36 Stimmen des Landbundes, des Zentrums, der liberalen Volkspartei und der Deutschnationalen gegen insgesamt 28 Stimmen (Sozialdemokraten, 2 Unabhängige, 1 Kommunist, 3 Demokraten, 3 Mitglieder des Zentrums) in namentlicher Abstimmung angenommen.

Nach weiteren Abstimmungen über die vorliegenden Anträge, worüber wir noch ausführlich berichten werden, soll über den Gesetzentwurf zur Deckung des Staatsbedarfs für die Förderung des Wohnungsbaus abgestimmt werden. Hierzu ist die Anwesenheit von 1/2 der Abgeordnetenanzahl des Landtags notwendig. Diese ist nicht vorhanden. Die Abstimmung hierüber wird deshalb auf die nächste Sitzung vertagt.

Nächste Sitzung: Dienstag, 20. Juni, nachm. 14 Uhr. Tagesordnung: Abstimmung und Vorschlag des Finanzministeriums.

Schluß der Sitzung: 8 Uhr.

Gewerkschaftliches

Anzahlung der Lohnerhöhung an die badischen Staatsarbeiter

Zu der in Nr. 127 unseres Blattes gebrachten Kritik des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes über die zu späte Auszahlung der Lohnerhöhung schreibt die „Kritik“, daß die Lohnverhandlungen der Reichsverwaltung mit den Arbeiterorganisationen im Gegensatz zu früheren Vorgängen dieses Jahres vereinbarungsgemäß erst nach den Verhandlungen mit den Beamten stattgefunden haben. Das hatte die natürliche Folge, daß dieses Mal die Befolgungsbereitungen der Beamten vor der Lohnerhöhung der Arbeiter bezahlt werden konnten, während sonst das Umgekehrte der Fall war. Als die neuen Lohnlisten, trotz drahlischen Ersetzens von der Reichsverwaltung innerhalb der zugewilligten Frist nicht zu erhalten waren, hat das badische Finanzministerium nicht gegögert, den Arbeitern einwilligen Vorzuschüsse auf die Lohnerhöhungen auszusuchen zu lassen. Die Anordnung hierwegen ist bereits am 29. Mai ergangen, so daß in den meisten Betrieben den Arbeitern der Vorzuschuß noch vor Pfingsten bezahlt werden konnte. Im übrigen ist das Finanzministerium bei der Reichsverwaltung dahin vortellig geworden, daß künftig das Verhandlungsergebnis in kürzester Frist den Landesregierungen übermittelt wird.

Vor einem Grobkampf in der Textilindustrie?

Verbandsvorstand und Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes haben in ihrer Sitzung vom 12. und 13. Juni den Vorschlag der Internormer in Sachen der umkämpften Arbeitswoche abgelehnt. Der Textilarbeiterverband erklärt an seine Mitglieder einen scharfen Aufruf und fordert sie auf, zu entschlossener Abwehr und zur Rührung für einen eventuell auszuführenden Kampf. Es wird die sofortige Erhebung doppelter Wochenbeiträge angeordnet und die unverzüglich herbeizuführenden Entschloßungen der Mitglieder resp. der Betriebsräte verlangt.

Ein neuer Metallarbeiterstreik in Berlin?

In Berlin droht ein neuer Metallarbeiterstreik. Der Schiedspruch, der eine 10prozentige Lohnerhöhung vorschloß, wurde in Unabstimmung am 12. Juni mit Dreiviertelmehrheit abgelehnt. Die in Frage kommenden Verwaltungsorgane werden sich mit dem Abstimmungsergebnis beschäftigen und weitere Beschlüsse fassen.

Aus der Partei

4. Landtagswahlkreis

Auf die am kommenden Sonntag, 18. Juni, vormittags 8 Uhr, im „Rundring“ in Offenburg stattfindende Kreisversammlung sei nochmals hingewiesen. Kein Ortsverein darf von der äußerst wichtigen Tagung fernbleiben. Ein Mitglied des Bezirksvorstandes wird über „Die bevorstehenden Gemeindevahlen“ sprechen.

Das Befinden des Abgeordneten Däumig

hat sich infolgedessen gebessert, als Lebensgefahre nicht mehr vorliegt. Er ist bei Verwundtheit, jedoch ist die ganze linke Körperseite gelähmt. Die Ärzte erklären, daß Däumig sich ein halbes Jahr von jeder parlamentarischen Tätigkeit fernhalten muß.

Schluß. Kommen den Sonntag, nachmittags 2 Uhr, veranstaltet die hiesige Partei mit Unterstützung der Arbeitervereine von Späz ein Parteitag, verbunden mit Kreisverschieben und Glühwein. Ein Genosse aus Karlsruhe wird die Bestrebungen halten. Zu diesem Feste sind sämtliche Parteigenossen und Arbeitervereine von hier und der Umgebung eingeladen. Die hiesige Partei wird bemüht sein, den Gästen einige stöbliche Stunden zu bereiten.

r. Döppner, letzten Sonntag fand hier die Gründungsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt, nachdem der alte Verein, der vor Jahresfrist zu den Unabhängigen überging, selbige eingeschlossen ist. Der Parteisekretär Gen. Winter (Offenburg) führte den zahlreich erschienenen die Notwendigkeit der politischen Organisation vor Augen, besonders hinsichtlich der bevorstehenden Gemeindevahlen, worauf eine Anzahl Versammlungsbesucher ihren Beitritt erklärten, so daß der Verein jetzt schon auf die dreifache Stärke an Mitgliedern, wie vor dem Krieg, gestiegen ist. Die Vorstandswahlen gingen glatt von statten. Die Mitgliederversammlungen finden jeweils am letzten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr im „Bürgeraal“ statt. Nachdem noch auf die Bedeutung der Parteipresse aufmerksam gemacht worden war, fand die Versammlung ihr Ende. Eine Anzahl Mitglieder der Arbeiterjugend Mannheim wohnten der Versammlung bei und sangen einige Freiheitlieder.

Sozialdemokr. Partei Deutschlands
Bezirksverband Baden

Den Sekretären und Ortsvereins-Leitungen zur Kenntnis, daß das Material zur Abrechnung für das 1. Vierteljahr 1922/23 (April—Mai—Juni 1922), mit einem gedruckten Rundschreiben des Bezirksverbandes versehen, allen Ortsvereins-Kassierern zugesandt wurde. Wir bitten um sofortige Mitteilung, falls ein Ortsverein nicht in den Besitz des Materials gelangt sein sollte.

Die Abrechnungen sind sofort fertigzustellen und an die Adresse
Karl Sahn, Mannheim, R 3, 14, II

eingusenden. Mit der Einfindung der Abrechnung sind gleichzeitig die für die Bezirkskasse bestimmten Geldbeträge dem Postfachkonto des Bezirksverbandes (Nr. 29 570 in Karlsruhe) zu überweisen. Spätestens am 30. Juni 1922 muß der Bezirksverband im Besitz aller Abrechnungen und Geldbeträge sein, damit an diesem Tage der Rechnungsabfluß für das 1. Vierteljahr 1922/23 fertiggestellt werden kann.

Die Beiträge müssen alle reiblich einfinden, wozu mit dem 1. Juni ds. J. die höchste Beitragsleistung in Kraft tritt. Die nichtbezahlten Beitragsmengen sind der Abrechnung beizulegen bzw. zurückzugeben.

Die Kassiere eruchen wir, streng darauf zu achten, daß alle Ortsvereine ihres Kreises bis zum obenbezeichneten Termin mit der Bezirkskasse abgerechnet haben.

Ortsvereine, die trotz dieser Aufforderung nicht pünktlich abrechnen, werden in der Parteipresse veröffentlicht. Wir bitten, zu beachten, daß ab 1. Juli ds. J. die erhöhten Beiträge in Kraft treten und dementsprechend die Sendungen an den Bezirksverband zu frankieren sind.

Mannheim, 15. Juni 1922.
Der Bezirksverband: J. A. Karl Sahn.

Tarifverträge in Mietverhältnissen

Von Otto Albrecht

Der Tarifvertragsgedanke, der auf dem Gebiete des Arbeitsvertragsrechts sich seine Anerkennung erungen hat, hat auch auf anderen Gebieten des Volks- und Wirtschaftslebens Boden gewonnen. Auf zwei Seiten dieser Erscheinungen sei hier kurz aufmerk gemacht: auf die Bewegung im Miet- und auf die im Pachtvertragsrecht.

Die Mieterbewegung führt ihre Anfänge bereits auf die Vorkriegszeit zurück, wurde in neuer Zeit hauptsächlich von bürgerlichen Bodenreformern geleitet und gefördert, vermochte jedoch nur wenige der Interessenten an sich heranzuziehen, und blieb fast ganz auf einige Großstädte beschränkt. Die durch den Krieg hervorgerufene große Wohnungsnot, die eingeleitete Pachtreform und ihre Wirkungen, dies rüttelte die Massen der Mieter nach, rief sie in einer Massenbewegung auf den Plan. Diese Bewegung äußerte sich, nämlich in der Schaffung von sogenannten Mieterräten, als Parallel zu den Betriebs- und Arbeiterräten. Die Mieterräte müßten da und dort anfangs ebenso die ihnen durch die neuen Verhältnisse zugefallenen Aufgaben über sich haben, wie die Arbeiterräte. Allmählich stellten sie sich aber richtig ein. In dem am 1. Juli ds. J. in Kraft tretenden Reichsmietengesetz erlangen sie als „Mietervertretungen“ dem Grundgesetz nach auch ihre rechtliche Anerkennung.

Mit den Mieterorganisationen befinden sich die Mieterräte bzw. die künftigen Mietvertreter in einem ähnlichen Verhältnis wie die Betriebsräte mit den Gewerkschaften. Andererseits befinden sich die Mieterverbände gegenüber den Hausbesitzervereinen und -Verbänden in einer ähnlichen Kampfstellung wie die Gewerkschaften zu den Unternehmerverbänden. Die Hausbesitzervereine und -Verbände, die teilweise schon Jahrzehntlang in Tätigkeit und bis in die neuere Zeit hinein die absolute Herrschaft im Mietvertragsrecht ausübten, dieses absolute Recht in den Großstädten auch oft recht aus mißbraucht haben — man verweigerte sich nur den Ansprüchen der von ihnen herausgegebenen Mietverträge — wurden aus ihrer Alleinherrschaftstellung verdrängt, als infolge der großen Wohnungsnot die Nachmittler der öffentlichen Hand ihnen dieses Alleinstimmungsrecht eintrugen. Heute haben die führenden Köpfe des Hauptstadtsystems erkannt, daß eine gründliche Wandlung des Mietverhältnisses der Mieter zu den Vermietern im Volkswirtschaftlichen und besonders auch die Art des Vorgehens der Mietervereine notwendig ist in den Kreisen des hier konzentrierten Publikums nicht nur eine unangenehme Überraschung, sondern lebhaft Empörung hervorgerufen. Lediglich die Karlsruhe Tagblatt-Refer wurden von der Mieter-Organisation der Erhöhung in Kenntnis gesetzt, die Refer anderer Zeitungen, auch des Arbeiterblattes, jedoch nicht, denn diese haben einfach zu bezweifeln — so denkt die Mieter-Organisation.

In zahlreichen Zuschriften an uns bringen die Mieterkreise lebhaften Anstoß über den Vorschlag und über das plötzliche Inkrafttreten desselben zum Ausdruck. Es wird z. B. verlesen, daß die Gewerkschaften sich zur Wehre setzen sollen da eine 50prozentige Mietpreiserhöhung entschieden zu hoch sei.

Gründungsfeier der Adolf Speck A.G. Zur Feier der Umwandlung ihrer Firma in eine Aktiengesellschaft hatten die Herren Walter und Adolf Speck ihre Angestellten und Arbeiter auf Mittwoch in den Saal des „Schwanen“ in Karlsruhe eingeladen. Der Einladung war das gesamte Personal gefolgt, wie auch die eingeladenen Organisationsvertreter. Die Firma Speck hat sich aus kleinen Anfängen heraus innerhalb weniger Jahre zu einem stattlichen Betriebe emporgearbeitet, der jetzt gegen 100 Angestellte und Arbeiter beschäftigt. Die Fabrik stellt Zuckerwaren her, ihre Produkte, besonders die „GEMMA“-Karamellen haben sich bereits den Markt des In- und Auslandes erworben. Die Feier verlief in schöner Weise. Herr Walter Speck war ein ausnehmender und umfänglicher Redner. Den Gästen wurde ein Abendessen mit Wein gegeben, vortreffliche Musik und Künstlerinnen, Humoristen, Tänzer und Tänzerinnen, Gaukler, Lungenmaler, sowie ein kleines Orchester sorgten für beste Unterhaltung. Der Vorsitzende des Betriebs-

Aus der Stadt

Geschichtskalender

16. Juni. 1497 Das Reichland Amerikas entdeckt. — 1898 Reichstagswahlen. — 1910 Friedensultimatum der Entente an Deutschland übergeben.

Karlsruher Parteinachrichten

Sozialdem. Verein, Freitag abend 6 Uhr wichtige Besprechung der Bezirkskassierer und Einkassierer im „Auerhahn“. Jeder Bezirkskassierer und Einkassierer hat zu erscheinen.

Bezirk Weiertheim, Freitag, 16. Juni, abends 8 Uhr, findet im „Weiertheimer Hof“ Bezirksversammlung statt. Genosse Murrmann wird Bericht erstatten von der Kreisversammlung. Auch sind noch wichtige Punkte auf der Tagesordnung, welche jeder Genosse und jedem Genossen zur Pflicht machen, zu erscheinen. Wir stehen bald im Wahlkampf zur Gemeindevahl und da muß alles mithelfen in der Agitation. Am Freitag muß es heißen: Auf in die Versammlung.

Bezirk Daxlanden, Samstag, 17. Juni, abends 1/2 8 Uhr, Bezirksversammlung im „Karlsruher Hof“, Tagesordnung: Bericht von der letzten Kreisversammlung, Berichtsfasser Gen. Stadl, Kiefer. Wir bitten um zahlreichere Beteiligung.

Gen-, Fleisch- und Milchpreise

Eine Milch- und Fleischpreiserhöhung jagt die andere, kaum ist eine „Neuregelung“ getroffen worden, werden schon wieder Forderungen nach einer weiteren Erhöhung laut. Die Produzenten stützen sich dabei immer auf die gesteigerten Gesehungsnoten für Vieh und Milch, was bis zu einem gewissen Grade auch seine Berechtigung haben dürfte. Aber die Ankläger über die Höhe der Gesehungsnoten geben bekanntlich weit auseinander, denn je nach der Art des landwirtschaftlichen Betriebes richten sich die Produktionskosten. Ein Landwirt, der über eigene Felder verfügt und deshalb sein Viehstutur selbst säuberen kann, wird billiger produzieren wie derjenige Landwirt, der das Futter kaufen muß.

Wer nun beobachtet, wie dieses Jahr bei Gen- und Weidgrasversteigerung die Landwirte einander überbieten, ja geradezu wahnjännig hohe Preise bezahlen, wundert sich nicht, daß die Preise für Fleisch, Milch und deren Nebenprodukte fabelhaft steigen. So wurden bei einer Grasversteigerung in Sodenheim für 1000 M. veräußert, was 11—12 000 M. erwirbt. In Siedelbrunn wurde ein 12 000 M. wertiges Gras für 1700 M. abgesetzt, also dieses Jahr siebenmal mehr. In Siedelbrunn wurde ein 12 000 M. wertiges Gras für 1700 M. abgesetzt, also dieses Jahr siebenmal mehr. In Siedelbrunn wurde ein 12 000 M. wertiges Gras für 1700 M. abgesetzt, also dieses Jahr siebenmal mehr.

Der Reichsarbeiterporttag

Der Reichsarbeiterporttag wird am 17. und 18. Juni im großen Saal unserer Festhalle. Samstags abends findet ein Bankett statt, dessen Vortragsfolge zur Hauptaufgabe die Gesangsabteilung unter der Direktion von Herrn Musiklehrer Hans Mann und den beiden Turnabteilungen befristet wird. Daneben treten zwei gesungene und besetzte Künstler hervor: Herr Kammerjäger Jan van Gorkom und Herr Paul Müller vom Bad. Landesbühnen. Im Mittelpunkt des am Sonntag vormittag stattfindenden Festaktes steht ein von Friedrich Hindenlang zu diesem Fest gebildetes Spiel. Der wandernde Kranz, das von Damen und Herren des Vereins zur Darstellung gelangte. Die Musik dazu hat Hans Mann geschrieben. Umrahmt wird dieses handvolle Spiel durch zwei Orchesterstücke von Gerber und Schubert, mit denen der Männerchor, unterstützt durch den Musikverein Harmonie, sein offenes Können zeigen wird. Zwei Arbeiterporttage geben die äußere Umrahmung. Für den Abend ist in der Festhalle ein Ball vorgesehen, der bei einem der Zeit angemessenen würdigen Rahmen gehaltenen Fest abschließen wird.

rats beglückwünschte die junge Aktiengesellschaft und drückte die Hoffnung aus, daß auch fernerhin wie bisher das gute Einvernehmen zwischen Fabrikleitung und Arbeiterchaft bestehen möge. Dieses gute Einvernehmen zwischen den Herren Speck und ihrem Personal — Verhandlungen und Differenzen wurden stets ohne größere Reibungen beigelegt — trug wohl sicher auch seinen guten Teil zu dem Aufschwung der Firma bei. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß auch unter der neuen Firma dieses Verhältnis anfrucht erhalten wird. Der schöne, künstlerisch genährte Abend wird jeder allen Teilnehmern in dauernder Erinnerung bleiben.

Stadtkonzert. Das am Mittwoch abend stattgefundene Konzert hatte ausschließlich volkstümlichen Charakter. Der Musikverein Karlsruhe unter Leonhardt's Leitung brachte ein recht nettes Programm zur Durchführung, das zeigte, daß wir es hier mit einer Kapelle zu tun haben, welche sich die Sympathie des Publikums zu erhalten versteht. Der Kompositionspunkt dieses Abends dürfte der zweite Teil des Programms gewesen sein, der die vielen Zuhörer an die Herde des Sees lockte und den prächtigen Weisen des Hornquartetts sowie einer Sängereinheit des Gesangsvereins „Volkshör West“, die in Kompositionen Platz genommen hatten, zu lauschen. Die Sänger erzielten für ihre schönen Töne überaus schönen Erfolg. — Am Donnerstag nachmittag konzertierte die Harmonikaabteilung unter Aufsicht bewährter Leitung. Auch dieses Programm wies nur aussergewöhnliche Höhe auf und fand allgemein beifällige Aufnahme beim zahlreich erschienenen Publikum.

Sch. Für Freunde der Mandolinmusik. Einem vielseitigen Wunsche und dem Ziel des Vereins entsprechend, hält der Mandolinverein „Schwaben“ 1913, Abteil. des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ auch über die Sommermonate einen Anfängerkurs ab. Der 2. diesjährige Anfängerkurs beginnt am Montag, 19. Juni, abends 1/2 8 Uhr im Bad. Konseratorium, Solfenstraße 43 (siehe Inserat), unter Leitung des Musiklehrers Herrn Dr. Seifemer. Für richtige Erlernung des Instruments wird bei fleißigem Besuch der Unterrichtsstunden, Genüge geleistet. Der Verein hat sich neben der Pflege der Touristik als Abteilung der Naturfreunde zur Aufgabe gemacht, die Mandolinfreunde und Spieler von Aufsteigenden innerhalb der Arbeiterbevölkerung zusammen zu fassen, um sie unter fachmännischer Leitung zu tüchtigen, ihr Instrument beherrschenden Spielern und Spielerinnen heranzubilden. In diesem Ziel erreicht, dann werden auch noch die vielen Klagen der Handwerker, Messenden und Naturfreunde über „Landsbesitzer“ oder „Jagdbesitzer“, denen und Wäldern eisen, ohne auf die Schönheit der Natur zu achten, und mit ihrem „Geklimper“ nur den Frieden der Natur über die geographischen Verhältnisse hinweg zu zerstören, ein Ende nehmen; denn gute und halbtal vortreffliche Musikstücke werden zu keiner diebstahligen Art zu bringen. Wer also ein Instrument besitzt und ein tüchtiger Mandolin- oder Gitarrenspieler werden will, der veräume es nicht, an diesem Unterrichts teilzunehmen. Näheres erteilt der 1. Vorsitzende Gen. O. Schwarz, Solfenstraße 50, 4. St., täglich von 4—7 Uhr abends; auch werden dort Anmeldungen von Spielern und Spielerinnen, auch weniger geübter, gerne entgegengenommen.

Die geographischen Grundlagen der wirtschaftlichen Verhältnisse. Im großen Saal der Handelskammer sprach Dr. Meßner vom badischen Arbeitsministerium vor einer großen Zahl geladener Gäste über die geographischen Grundlagen der Wirtschaft. Die geographischen Verhältnisse sind die Grundlage der Wirtschaft. Die geographischen Verhältnisse sind die Grundlage der Wirtschaft. Die geographischen Verhältnisse sind die Grundlage der Wirtschaft.

Arbeiterbildungsverein. Die Feier seines 60. Stichtages feiert der Verein am 17. und 18. Juni im großen Saal unserer Festhalle. Samstags abends findet ein Bankett statt, dessen Vortragsfolge zur Hauptaufgabe die Gesangsabteilung unter der Direktion von Herrn Musiklehrer Hans Mann und den beiden Turnabteilungen befristet wird. Daneben treten zwei gesungene und besetzte Künstler hervor: Herr Kammerjäger Jan van Gorkom und Herr Paul Müller vom Bad. Landesbühnen. Im Mittelpunkt des am Sonntag vormittag stattfindenden Festaktes steht ein von Friedrich Hindenlang zu diesem Fest gebildetes Spiel. Der wandernde Kranz, das von Damen und Herren des Vereins zur Darstellung gelangte. Die Musik dazu hat Hans Mann geschrieben. Umrahmt wird dieses handvolle Spiel durch zwei Orchesterstücke von Gerber und Schubert, mit denen der Männerchor, unterstützt durch den Musikverein Harmonie, sein offenes Können zeigen wird. Zwei Arbeiterporttage geben die äußere Umrahmung. Für den Abend ist in der Festhalle ein Ball vorgesehen, der bei einem der Zeit angemessenen würdigen Rahmen gehaltenen Fest abschließen wird.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Cheausgehote. Anton Echten von hier, Schloss hier, mit Rosa Adam von Köllersbach. Alfred Lorenz von hier, Hilfsarbeiter hier, mit Luise Rothweiler von hier. Arthur Ombach von hier, Vater hier, mit Thelma Storz von hier. Hans von hier, Fabrikant hier, mit Luise Wölter von hier. Hans Gordaner von hier, Oberrechnungsrat hier, mit Bertha Lauffs von Breslau. Kurt Anshy von hier, Kaufmann hier, mit Frieda Kühn von hier.

Geburten. Jemgard Luise, Vater Friedrich Zimmer, Zahnarbeiter. Hans Adam, Vater Adam Kempf, Weinbändler. Hilda Luise, Vater Aug. Kunz, Hafnermeister. Marcella Rosa, Vater Gust. Görner, Metzger. Walter Kurt Hermann, Vater Hermann, Schaufelr. Müllersdiener. Hermann Josef, Vater Josef, Fabrikarbeiter. Heinz Julius, Vater Julius Speck, Bauherr. Antonia Maria, Vater Josef Sulzmann, Fabrikarbeiter. Helene Gerda, Vater Karl König, Bäcker. Ameliese Friederike, Vater Johannes Hode, techn. Direktor.

Todesfälle. Adolf Maßbacher, led. Bahnarzt, alt 38 Jahre. Herr Hemmerle, Chem. Kfm., alt 44 Jahre. Erwin, alt 1. Monat 16 Tage. Vater Otto Gerlich, Telegraphenarbeiter. Marie, alt 6 Monate 23 Tage. Vater Jakob Amber, Zimmermann. Jakob, Mittersteger, Witwer. Finanzdirektor a. D., alt 76 Jahre. Verhängnisvoll und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Freitag, den 16. Juni, 8 Uhr: Elise Dörflinger, Witwe, Pflanzstraße 8, Feuerbestattung. 4 Uhr: Jakob Mittersteger, Witwer, Finanzdirektor a. D., Pflanzstr. 54. 2 Uhr: Hermann Hemmerle, Kfm., Vincenzstr. 10. 11 Uhr: Dr. Adolf Maßbacher, Bahnarzt, Schützenstr. 7, Feuerbestattung.

Sum Rosenfest im Stadtpark. Den Höhepunkt des nächsten Samstags, den 17. Juni d. J., nachmittags von 4-7 Uhr im Stadtpark geplanten Rosenfestes wird der Festzug der Blumenmengenmächtigsten Kinder mit der Rosenkönigin (Fräulein Käthe Sauer vom badischen Landesbühnen) und hierin wiederum die Huldigung an die Rosenkönigin und ihrer Getreuen bilden. Diesmal wird der Festzug besonders eindrucksvoll gestaltet werden und einen Hauptanziehungspunkt bilden. Nachdem der Zug sich einmal um den Stadtpark herum bewegt hat, werden die Rosenkönigin und ihre Begleiter von den Gespielen und reisenden Kindern der Flora (den Damen des Balletttroups und der Tanzschule des Bad. Landesbühnen) von See her über den Witzplatz bis vor die Freitreppe der Festhalle (Freitag, Blumenfreude, Freude und Sonne findend. Dort jubelt ihr von dem Podium vor der Freitreppe aus wiederum liebliche Kinderstimmen spendend. Sie nimmt die Huldigung entgegen, leitet dann zum Platz vor dem See zurück, und nun beginnt ein vom Balletttroups und der Tanzschule ausgeführter reizender Blumen-Walzer „Nosen aus dem Süden“ unter den Klängen der Musik (Feuerwerkshalle). Nach weiteren, die festgestimmte Zuschauerseele begeisterten Bewegungen tritt die Rosenkönigin auf ihrem Wagen im Festzug zurück, ihre Begleitung schießt sich an, und jubelt sich der Zug wieder in Bewegung, um sich schließlich am Südeinde des Stadtparks, beim Japan-Garten, aufzulösen. Bei festlichem Getöse wird das Fest von Samstag auf Sonntag, den 18. Juni d. J. verlegt.

p. Leichenführung. Am 14. d. M. wurde am Rhein eine männliche Leiche gefunden, die keinerlei Ausweispapier mit sich führte.

p. Unfall. In einer Fabrik der Weststadt fiel einem 21 Jahre alten Arbeiter von hier eine etwa 8 Zentner schwere Eisenplatte auf den linken Fuß, wodurch er einen Knochenbruch erlitt. Der Verletzte wurde mittels Krankenautos nach dem städt. Krankenhaus gebracht.

p. Schlägerel. In der Nacht vom 14. zum 15. d. M. wurde ein Angehöriger von einem Bannteamen in der Nähe der Haupt- hier durch Schläge am Kopf so erheblich verletzt, daß er durch eine Poliklinik mittels Tragen nach der Woche Karlsruher gebracht werden mußte. Nach Anlegung eines Notverbandes erfolgte keine Hebung, so daß Krankenwagen.

p. Ein Einbruchsdelikt von unerhörter Dreistigkeit ist in der Nacht zum 13. Juni ausgeführt worden. In einer Villa des Stadtbezirks wurde die Parterrezimmerung durch Nachschlüssel geöffnet und eine sogenannte Eiderdecke durch den Diebstahl, abstoß ein Haus ein Hund untergebracht ist. Die Einbrecher, die offenbar eine organisierte Gesellschaft angehören, konnten, ohne daß die Bewohner des 2. Stockes etwas bemerkten, eine ganze Reihe wertvoller Dinge erbeuten. So drei Perleperle in Werte von 7000 M., 17 Dessertgabeln, eine ebenso große Zahl von Messern, Tassen, und Dessertgabeln, samt eine Silber. Ferner eine größere Anzahl von Spitzen, eine Auhenschneid, die das Monogramm S mit Krone trägt und mehrere Taschengelb, ebenfalls aus Silber. Der Wert des gestohlenen Eigentums dürfte wohl 60000 M. betragen.

Vom Täter begin. den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur. Doch sucht man den Diebstahl mit dem einige Tage vorher unter dem Vorwand, erwerbsloser Kriegesbeschädigter zu sein, erfolgten Besuch eines Bettlers in dem genannten Hause in Verbindung zu bringen, der etwa Mitte der Vier lebend, groß und kräftig schien, ein rundes Gesicht und gestrichelten Schmutzhaar von blonder Farbe hatte. Sein Anzug war grau schimmernd, während die Sprache auf eine nicht karlsruher Mundart schließen ließ.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 16. Juni

Vorausichtige Witterung: Bedeulende Bewölkung, doch zeitweise heiter, nur vereinzelt etwas Regen, mäßig warm.

Wasserstand des Rheins

Schutterinsel — Refl 882, gef. 9 Stm. Ragau 586, gef. 6 Stm. Mannheim 515, gef. 5 Stm.

Kleine Nachrichten

Berlin, 13. Juni. (Reichslegation.) Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, ist die 19jährige Frieda Gunders aus Jöhlein bei Wiesbaden, die am Sonntag mittag die elterliche Wohnung verlassen hatte, um an einer Bekleidungs- in einem anderen Orte teilzunehmen, nicht zurückgekehrt. Das Mädchen wurde am Montag in einem Kleider- aufgefunden. Es wies Erdrückungsmerkmale auf. Außerdem ergab sich, daß es verlobt worden war. Ein Polizeibeamter, der an dem Tatort angetroffen wurde, ließ wiederholt in das Schloss Jöhlein, wo die aus Marolfen besitzende französische Bekleidung liegt. Außerdem haben mehrere junge Leute beobachtet, daß zwei Marolfen am Sonntag nachmittag in der Nähe des Bundesplatzes der Leiche sich in verächtlicher Weise umhergetrieben

haben. Bei einer Gegenüberstellung mit sämtlichen Soldaten erkannten die jungen Leute die zwei Marolfen wieder. Sie wurden darauf von der französischen Besatzung verhaftet.

Kleine badische Chronik

Gagfeld, 12. Juni. Am Sonntag, 11. Juni, hielt die Ein- und Verlausgenossenschaft Gagfeld im „Stich“ ihre halbjährliche Versammlung ab. Der zweite Vorsitzende Karl Wurm begrüßte die erschienenen Mitglieder und gab die Tagesordnung bekannt, die u. a. den Geschäftsbericht, den Revisionsbericht sowie Erhöhung der Geschäftsanteile und der Bestimmung umfaßte. Hierauf ergriff der Vorsitzende des Ausschusses Ludwig Lindner das Wort und schloß die Versammlung mit dem Dankwort an die Mitglieder. Der zweite Vorsitzende Karl Wurm begrüßte die erschienenen Mitglieder und gab die Tagesordnung bekannt, die u. a. den Geschäftsbericht, den Revisionsbericht sowie Erhöhung der Geschäftsanteile und der Bestimmung umfaßte. Hierauf ergriff der Vorsitzende des Ausschusses Ludwig Lindner das Wort und schloß die Versammlung mit dem Dankwort an die Mitglieder. Der zweite Vorsitzende Karl Wurm begrüßte die erschienenen Mitglieder und gab die Tagesordnung bekannt, die u. a. den Geschäftsbericht, den Revisionsbericht sowie Erhöhung der Geschäftsanteile und der Bestimmung umfaßte. Hierauf ergriff der Vorsitzende des Ausschusses Ludwig Lindner das Wort und schloß die Versammlung mit dem Dankwort an die Mitglieder.

Reichsbank. Das sich auch hier ein sozialdemokratischer Wahlverein gebildet hat, der bereits eine stattliche Mitgliederzahl aufweist, scheint verschiedene Parteien nicht recht zu passen. Ein gewisser Josef Wels sucht die Partei auf jede Art und Weise heranzuziehen. Besonders hat er Berge gehit im offener die Agentur des „Volksfreund“, denn hier leistet er vor allem seine Unternehmensearbeit. Wir Zeitgenossen protestieren ganz energig gegen die Machenschaften dieses Herrn und voren ihm, in Zukunft unsere öffentlichen Parteiveranstaltungen zu besuchen, damit wir uns öffentlich mit ihm auseinandersetzen können. Seine zentrierte Agitation möge er bei alten Weibern verüben, die uns aufgestellten Propaganda findet er keinen Anklang. Sein Treiben zerfällt an der Einigkeit und Gesinnung der Zeitgenossen. So viel für heute!

Mannheim, 14. Juni. Morbsache Eiefert. Dem Vernehmen nach sind die Akten des Morbprozesses gegen Leonhardt Eiefert vor kurzem vom Reichsgericht Leipzig zurückgekommen und an das Justizministerium in Karlsruhe weitergeleitet worden. Nach eingehender Durchsicht und Begutachtung der Akten durch letzteres wird auch nochmals der Generalstaatsanwalt gehört werden, worauf alsdann der Justizminister dem Staatsministerium Vortrag erstatlen und die Entscheidung über Eiefert's Kopf durch das Kabinett erfolgen wird.

Sell-Weierbach, 14. Juni. Brand. Ein im Schweine- stall ausgebrochener Brand scherte das Anwesen der Frau S. u. g. l. Witwe in Sell-Weierbach ein. Der Dachstuhl des Wohnhauses wurde schwer beschädigt. Vieh und Rohnholz konnten gerettet werden. Es wird Brandversicherung demutet.

Wiesbaden, 14. Juni. Diebstahl. Durch Einbruch in die hiesige Zweigstelle der Bierbrauerei Karlsruher wurden etwa 7000 Zigarren und Tabak im Werte von über 12000 M. gestohlen. Auf einem benachbarten Acker wurden die Zigarren verpackt, man fand dort noch einige Zigarren und Zigaretten.

Am Rhein. Grenzruhen. Zwischen der Grenzschiffer- fahre und der Rheinbrücke ist am Montag morgen ein noch unbekannter Mann beim Baden im Rhein ertrunken. Mit einem Aufschrei versank er in den Fluten. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden, auch sind die Personalien des Verunglückten nicht bekannt.

Vom Untersee. Ueber eine Transporterfähigung berichtet die „Freie Stimme“ u. a.: Am vergangenen Samstag kam das Dampfschiff Neptun auf der Fahrt nach der Niederrhein infolge ungewöhnlicher Verteilung der Frachtlaster in die Gefahr des Kenterns. Zwischen der Börner Spitze und der Insel Reichenau legte sich das Boot neuerlich so flach auf die linke Seite, daß das Schiff bereits Wasser nahm und die Passagiere unrettbar zu werden begannen. Durch rasche gleichmäßige Verteilung der Frachtlaster konnte jedoch ein Unglück verhindert werden. — In Cölninnen, Amt Honschaft, kam eine Frau Spiritus in einen Kochapparat, in dem sich hermetisch nach geliebte Kohlen befanden. Durch die Explosion der Kohle erlitt die Frau am Arm und Unterleib sehr schwere Brandwunden.

Sommerfestzug in Bruchsal. Anlässlich des Sommerfestzuges in Bruchsal am kommenden Sonntag, 18. Juni, hat die

Wahnerwaltung Vorkehrungen getroffen, daß der starke Personenverkehr um die Mittagszeit nach Bruchsal und abends von Bruchsal bewältigt werden kann. So verkehrt von Karlsruhe nach Bruchsal nach dem jahresplanmäßigen Personenzug Karlsruhe ab 12.30 Uhr, Bruchsal an 1.03, ein Nachzug mit Halt auf allen Stationen; ferner wird der von Karlsruhe 1.30 Uhr nach Bruchsal abgehende Güterzug für Personenbeförderung eingerichtet; von Heidelberg nach Bruchsal fährt nach dem jahresplanmäßigen Personenzug Heidelberg ab 1.05 Uhr, Bruchsal an 2.05 Uhr ein Nachzug mit Halt auf allen Stationen. Der Personenzug Breiten ab 1.28 Uhr, Bruchsal an 1.54 Uhr, wird verfrachtet, ebenso der Personenzug Wermersthal ab 12.57 Uhr, Bruchsal an 1.59 Uhr. Für die Heimfahrt sind entsprechende Maßnahmen vorgesehen. Der 8.00 Uhr abends von Bruchsal nach Graben-Neudorf verkehrende Personenzug wird bis Heimsheim durchgeführt. Da Änderungen in letzter Stunde möglich sind, ist Anfrage bei den Stationsleitern am Sonntag vormittag geboten.

Alt-Katholische Synode. Man schreibt uns: Vom 6.-9. Juni tagte in Mannheim die von 27 Geistlichen und 64 Abgeordneten besetzte 28. Synode der Alt-Katholiken des Deutschen Reiches. Nach der Eröffnung durch ein feierliches lehrtes Hochamt in der Schloßkirche besaßte sich die Synode mit dem Vorschlag des Bistums und der Bewilligung von Mitteln, mit dem bischöflichen Berichte und Vorlagen der Pfarrer Kreutzer-Preisinger und Dr. Steinwachs-Mannheim zur Ausweitung der Synodal- und Gemeindevorstellung und des Gesangs- und Gebetsbuches. Sie wählte die Synodal-Vorstellung, die verfassungsnah dem Bischof in der Leitung des Bistums beratend zur Seite steht, und erledigte einige Anträge. Die Bestellung eines Generalvikars ist in Aussicht genommen. Im Anschluß an die Synode tagte eine Reihe von Hauptversammlungen alt-katholischer Vereine und Asten und zuletzt eine Pfarrkonferenz, die sich u. a. mit einem Lehrplan für den Religionsunterricht an den höheren Schulen und mit der geistlichen Vereinigung innerhalb der evangelischen Kirche besaßte. Eine große öffentliche Versammlung wurde zu einem machtvollen Beschlusse alt-katholischen Glaubens und Denkens.

Verkehrssperre. Bis auf weiteres ist die Annahme gesperrt: a) von Frachtlaster nach Duisburg, Ort und Umladestelle; ausgenommen sind Lebensmittel, Leergut für Lebensmittel und Leergut; b) von Eis- und Frachtlaster nach Neues Ort und Umladestelle, sowie von Wagenladungen nach Neues Ort, ausgenommen Wagenladungen an Anschlußstellenbesitzer.

Wichtig für Elbst-Vorbringer! Es steht eine amtliche Vollmacht bevor, wonach der Termin zur Anmeldung der Entschädigungsanträge endgültig verlängert wird, und zwar bis Ende dieses Jahres. — Die Verhandlungen der deutschen Volkshilfe in Paris mit den ausländischen französischen Stellen, betr. Ermächtigung der französischen Konsulate in Deutschland zur Entgegennahme von Anträgen deutscher Reichsangehöriger auf Erteilung der Einreisegenehmigung nach Elbst-Vorbringen, haben zu keinem Ergebnis geführt. Der daher in einem der französischen Departements (Bordeaux, Amiens und Metz) aufzustellenden entsprechenden Gesuch an den für den Bezirk zuständigen Präfekten senden. Dem Gesuch sind beigefügt: Deutscher Reisepaß, zwei eigenhändige Unterschriften auf losen weißen Zetteln, zwei ungenutzte Photografien.

Briefkasten der Redaktion

H. A. Eigerweiler. Für unschuldig verbüßte Unterdrückung kann nur dann eine Entschädigung beansprucht werden, wenn die Unschuld durch Urteilspruch anerkannt wurde.

Schriftleitung Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Vollständige Uebersicht und letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Art der Stadt, Gemeindefachliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Vielfachen Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

W. u. 4 Hellen. Weiß und mehr Stellen Nr. 6.50 die Zeile **Vereinsanzeiger** Nr. 7. — die Zeile (Berggängerzeitschriften finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme).

Karlsruhe, (Arbeiter-Redaktion-„Solidarität“) Sonntag, 18. Juni, Reichsarbeiterfortas, Aufstellung zum Festzug punkt 1 Uhr total. Vollständiges Erscheinen erwünscht. 4089

Karlsruhe-Grünwinkel, (Arbeiter-Gesamtverein „Eintracht“) Sonntag, 18. Juni, abends 8 Uhr, im „Weirheimer Hof“ Bezirksversammlung. 4082

Mühlhausen, (Arbeiter-Turnverein) Samstag abends 7 1/2 Uhr Versammlung im Lokal. 1498

Rehl, (Arb.-Nadl.-Verein „Frisch auf“) Samstag, den 17. Juni, nachts 12 Uhr ab Vereinslokal, zur Teilnahme an Arbeiterparade in Rutenfels (Mühlbach, Baumwollsch, Mühlweil, Bernsbach). Alle Sportgenossen sollten daran teilnehmen.

Bad. Landestheater. 1128
Freitag, den 16. Juni, 7 bis geg. 10 Uhr. 4.55.—
Abonnement G 5, Th. Gem. B.V.B. Nr. 1251-1500
Der fliegende Holländer.

Badisches Landestheater. Im Landes-
theater. Sa. 17. * Abonn. D. 5. Zum erstenmal.
Der Revisor. Lustspiel in fünf Aufzügen von
Nikolaus Gogol. Deutsch von August Scholz.
7. (55.—) So. 18. Carmen. 6 1/2. (60.—) Mo. 19.
X. Abendfeier. Der Tanz im Wandel der Zeit.
7 1/2. (65.—) Th. Gem. B. V. B. Nr. 2401-2600, alle
Nummern über 3300. Die 20. Volksbühne. J. 5.
Martha. 7. (65.—) Mi. 21. * Abonn. D. 6. Neu
einstudiert. Orpheus und Eurydike. 7. (65.—)
Th. Gem. B. V. B. Nr. 291-400. Do. 22. * Abonn.
E. 5. Der Revisor. 7. (65.—) Th. Gem. B. V. B.
Nr. 291-3500. Fr. 23. * Abonn. C. 5. Die Ent-
führung aus dem Serail. 7 1/2. (65.—) Th. Gem.
B. V. B. Nr. 1591-1690. Sa. 24. * Abonn. G. 6. Peer
Gynt. 6. (65.—) Th. Gem. B. V. B. alle Nummern
über 3500. So. 25. Die Meistersinger von Nürn-
berg. 8. (60.—) Die 27. Volksbühne. J. 6. Hänsel
und Gretel. 7 1/2. (65.—)

Im Konzerthaus. So. 18. und Fr. 23.
Volksbühne. M. 8 und M. 9 jeweils Der Kauf-
mann von Venedig. 7.
Auslosung der Karten für die Teilnehmer
des Theater-Gemeinde jeweils am Vortag
und Tag der Aufführung in der Geschäfts-
stelle (10.—/11. 4-6 Uhr). Vorrat für Um-
tausch der Vorzugskarten und Verkaufrecht
der Abonnenten und Inhaber von Vorzugs-
karten am Samstag, den 17. Juni, nachmittags
7 1/2-9 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer
Umtausch von Montag, den 19. au. 1133

Mieter-Vereinigung Karlsruhe G. B.
Viel d. Landesverband u. Bund-Deutsch. Mietervereine
Geschäftsstelle: Morgenstraße 51, Partee
Erdgeschoss von 6-1/2 Uhr abends im
Cafe „Wald“, Ecke Klingenbergstr. u. Postenkönigs-
str. Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag;
„Unter den Linden“, Ecke Kaiserallee u. Poststraße
jeden Mittwoch. 8660

Vereinsbank Karlsruhe
e. G. m. b. H. 4083
Die abgerundeten Einlagenbeträge sowie die noch
nicht erhobenen Einlagen auf die beiden Geschäfts-
anteile können an unserer Kassenkasse in Empfang
genommen werden. Der Vorstand.

**WÄRMEWIRTSCHAFTS
WÄRMEINDUSTRIE
AUSSTELLUNG
LUDWIGSHAFEN A. RH.**
1-30 JUNI 1922

**Arbeiter! Werbet für den
„Volksfreund.“**

Gesucht
für hier und auswärtig:
mehrere ältere Maschinenführer über 25 Jahr, selb-
ständige Feuerheizer, Stimmer, Gefäßschleifer,
Kupferheizer, Eisenbrecher, Fräher, Metallschleifer,
Hebler, Maurer, Ölher, Möbelschleifer, selbständige
Zimmerleute, Maler, Mäler, Holzbildner, Holz-
dreher, Glaser, Schlosser für Holzböden, Wagner-
meister für Gerüstarbeiten, Sattler für Koffer und
Ziegen, 10. Arbeiter, Schneider für Groß- und Klein-
stad, Herren- und Damenkleider, Gerüstbauer, Wasser-
technie, landwirtschaftliche Arbeiter. 1129

Städt. Arbeitsamt Karlsruhe.
Für meine Schlichterei und Vermittlungs-
Ankalt suche ich einen jüngeren
Vorarbeiter
der längere Zeit in der Branche praktisch
tätig war. 1497
Ausführliche Bewerbungschriften erbeten
Josef Fall
Eisenheizer, Fabrik für Eisen- und
Zerd-Verarbeiten in Bruchsal (Baden)

Offenburger Anzeigen.
Städt. Airscherversteigerung.
Samstag, den 17. Juni, nachmittags 2 Uhr,
Zusammenkunft Ecke der Schutterwälder und von-
weierstraße. 1140

Schlachtviehmarkt Offenburg.
Dienstag, den 20. Juni
bei der landwirtschaftlichen Halle.
Offenburg, den 18. Juni 1922. 1189
Der Stadtrat.

Baden-Baden.
Brot und Mehl
für die Zeit vom 19. Juni bis 25. Juni 1922 auf die
Karte 11. — für die Zeit vom 12. bis 18. Juni 1922
war die Karte 2 anzuwenden. 1138
Baden-Baden, den 16. Juni 1922.
Lebensmittelamt.

Nachdem mit Wirkung vom 16. Juni ab der
Mikrogegendpreis allgemein erhöht wurde, wird auf
Grund des Stadtratsbeschlusses vom 13. Juni 1922
der Verkaufspreis für 1 Liter Vollmilch von RM 7.60
auf RM 8.— von gleichen Zeitpunkt an erhöht.
Baden-Baden, den 13. Juni 1922. 1137
Milchamt.

Rehl a. Rh.
Zum 1. Juli d. J. suchen wir für unsere
hiesige Agentur zuverlässigen
Zeitungsträger(in).
Werber oder Werberinnen wollen sich
a 13 h 1 d bei Frau Ludwig Gens,
Friedrichstraße Nr. 8 in Rehl melden.
**Verlag des Volksfreund
Gens & Co.**

Pfannkuch & Co.

Leigwaren

Gemüse-Nudeln
Fund 15.-
Wart 4053

Eier-Nudeln
Fund 18.-
Wart 10.-
1/2 Fund-Paket

Maccaroni
offen
Fund 21.-
Wart 23.-
in Paketen

Bruch-Maccaroni
Fund 20.-
Wart 16.-

Suppen-einlagen
Fund 16.-
Wart 11.50

Mischobst
und
Zweifhgen

Pfannkuch & Co.

STADTGARTEN

Freitag, den 16. Juni, abends 8-11 Uhr

Volksstämmliches Konzert

Orchester: Feuerwehrcapelle
Leitung: Obermusikmeister a. D. O. Schotte.
Eintritt: Inhaber von Jahreskarten 3 Mk., Sonstige 6 Mk. (einschließlich Lustbarkeitssteuer). Kinder je die Hälfte.
Vorverkauf: Verkehrsverein, Kiosk beim Hotel Germania und Stadtgartenschalterkassen. — Bei schlechtem Wetter fällt das Konzert aus.

STADTGARTEN

Sonntag, den 18. Juni 1922, nachmittags von 4-7 Uhr

Konzert der Feuerwehrcapelle

Leitung: Obermusikmeister a. D. Schotte.
Eintritt: 3 Mk. (Inhaber von Jahreskarten) 6 Mk. (Sonstige) einschließlich Lustbarkeitssteuer. Kinder je die Hälfte.
Vorverkauf: Verkehrsverein, Kiosk beim Hotel Germania u. Stadtgartenschalterkassen. — Bei schlechtem Wetter fällt das Konzert aus.

Pfannkuch & Co.

Marmeladen

Gemischte Marmelade
Fund 10.50
Wart 13.-

Freihobst-Marmelade
Fund 13.-
Wart 13.-

Bierfrucht-Marmelade
Fund 13.-
Wart 14.-

Zweifhgen-Marmelade
Fund 14.-
Wart 16.-

Apfel-Gelee
Fund 18.-
Wart 18.-

Orangen-Marmelade
Fund 18.-
Wart 18.-

Helvetia
und andere
Confituren

Pfannkuch & Co.

STADTGARTEN

Samstag, 17. Juni 1922, nachmittags von 4-7 Uhr:

Rosenfest verbunden mit Wagenkors. (Preiskrönung der schönstgeschmückten Wagen — 800 Mk. Geldpreise). Kinderzug, Huldigung der Rosenkönigin, Tanzaufführungen des Balletkörpers des Bad. Landestheaters, Gesangsvorträge eines gemischten Chors der Feuerwehrcapelle und der städt. Schillerkapelle. — Eintritt: 3 Mk. (Inhaber von Jahreskarten), 6 Mk. (Sonstige) einschließlich Lustbarkeitssteuer. Kinder je die Hälfte. Musik und Zugprogramm 1 Mk. — Außer den Nord- u. Südengängen ist der östliche (alte) Stadtgartenzugang geöffnet.
Vorverkauf: Verkehrsverein, Kiosk beim Hotel Germania und Stadtgartenschalterkassen. 1119
Bei schlechtem Wetter wird die Veranstaltung auf Sonntag, 18. Juni ds. Js., nachm. 4 Uhr verschoben.

Sängerbund Vorwärts

Sonntag, 18. Juni 1922

Tagesausflug
mit TANZ in
Langensteinbach

(Festhalle). Offizielle Abfahrt Altbahnhof mit Sonntagsrückfahrkarte Langensteinbach (11 Mk.) Etilingen umsetzeln! Fahrt bis Reichenbach, dann Waldweg bis Barbara-Kapelle (Frühstück). Tanz in der Festhalle von 2 bis 6 Uhr (frei). Bei Witterungsgünstigkeit und für Nachzügler Fahrgelegenheit 12.21. Rückfahrt ab Langensteinbach 6.30. Wir laden hierzu unsere Mitglieder und deren Angehörige freundlichst ein. Soweit sich dieselben nicht daran beteiligen, verweisen wir auf das am nämlichen Tage stattfindenden Arbeiter-Sportfest. 4036 Die Verwaltung.

Freie Turnerschaft Karlsruhe (e. V.)

Sporthaus: Bienenheimer-Allee.

Sonntag, 18. Juni

Beteiligung am Reichs-Arbeiter-Sporttag

Wie ersehen unsere Mitglieder um reifliche Beteiligung am Festtag. Anzug für Turner: Weiße Hose und Turnhemd. Anzug der Turnerinnen: Dunkelrot und weiße Ärmel (ohne Kopfbedeckung). Ausstellung zum Festtag: Turner, Turnerinnen, Schüler und Schülerinnen um 1/2 Uhr in der Kreuzstraße beim alt. Bahnhof.

Von Rußland zurück

Spricht Samstag den 17. Juni, abends 7/8 Uhr, Landtagsabg. Gen. Boß über die jetzige Lage Sowjet-Rußlands

im Saale der Restauration Ziegler, Baumeisterstr. 18. Eintritt 3 Mark. 4081 R. P. Deutschlands. Ortsgr. Karlsruhe.

Arbeiter-Turn- u. Sportbund

10. Kreis. 3. Bezirk. Gruppe Durlach.

Vom 24. bis 26. Juni d. J. findet in Klein-Heinbach unter

II. Gruppenfest

mit folgendem Programm statt:
Samstag Abend: Festbankett auf dem Festplatz.
Sonntag vorm. von 7 Uhr ab: Vereins- u. Einzelwertungsturnen.
Sonntag nachm. 2 Uhr: Festzug nach dem Festplatz, anschließend allg. Feiern, Sonderführungen der Schülerinnen und Schüler und Spiele.
Sonntag abends: Siegerverleihung u. Tanz auf dem Festplatz.
Siegern haben wir die berecht. Brudervereine, sowie die gesamte Einwohnerschaft Kleinheindorfs und Umgebung freundlich ein. Der Festkomitee.

Palast-Theater

Herrenstrasse

Ab heute bis einschl. Montag! Das große Abenteuer-Sitten-Drama

Lola, die Apachenbraut

in 6 Akten von Jane Bess.
Hauptdarsteller:
Ladjah Gesszi, Grotz Sandhelm, F. Falkenberg.

Der Riesensäugling.

Lastspiel in 2 Akten von L. Berger.
In den Hauptrollen:
Fr. Tschallou, August Junker.
Der beliebte Münchener Komiker. 4080

„Sanitas“ Heilinstitut u. Inhalatorium

Karlsruhe u. Karlsruhe, 91

Spezialbehandlung von Asthma, Katarrhen, Husten, Erkrankung und Verschleimung der Luftröhre usw. durch Inhalation, desgleichen v. Gallensteinkranken nach dem operationslosen Dr. Hellwigschen Cholelithverfahren, wirksam innerhalb 2 Tagen. Sprechstunden: 11-1 und 3-5 Uhr.

Arbeiter-Turn- u. Sportbund

10. Kreis - 3. Bezirk. Gruppe Breiten-Bruchsal

Am Sonntag, den 18. Juni 1922, findet in Heidelberg (Sportplatz) der

Reichsarbeiter-Sporttag

obgenannter Gruppe statt, wozu sämtliche Turn-, Sport- und Sangesvereine unseres Bezirks, wie die gesamte politische und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, freundlich eingeladen ist.
Sonntags 1/2 Uhr.
Beginn der sportlichen Veranstaltungen.
Nachmittags 2 Uhr:
Festzug, allgemeine Feiern, Schüler- und Vereinsführungen, Schaulagen, Fuß-, Faust- und Tamburinairespiele. — Schiffsanfertigung usw., Wirtschaftsbetrieb. — Abends Tanz im Bad. Hof.

Fahrrad-Gebirgs-Mantel

erklafterte Ware, noch höhere Preise. (Zehn Jahre lang, da letzten günstiger Einkauf.)

Eugen Schaeffer

Durlach
Hauptstr. 81 b. Bahnhof.

Maftatter Anzeigen.

Infolge Erhöhung des Milchpreises von 5.50 auf 6.- per Liter und Erhöhung der Aufschneefläche muß der Verbrauchspreis ab 15. ds. Mst. auf 7.40 per Liter festgesetzt werden.
Maftatt, den 14. Juni 1922. 1135 Kommunalverband Maftatt-Stadt.

Alte Brauerei Kammerer

Waldhornstr. 23. — Fernsprecher 5691.

Jeden Samstag Schlachttag.

Gute bürgerl. Küche, reine Qualitätsweine. — Den verehrl. Vereinen und Gesellschaften empfehle meinen schönen grossen Saal. 1136 Otto Kappler.

Baugenossenschaft Grünwettersbach

e. G. m. b. H.

Einladung.

Am Samstag, den 24. Juni d. Js., abends 7/8 Uhr, findet im Gasthause in Grünwettersbach eine außerordentliche

General-Verammlung

statt. Tagesordnung:
1. Aenderung der Statuten. 2. Erhöhung der Anteile. 3. Verzeichnis. 11406
Der Vorstand.
Beder Gangler.

Kartoffel-Ausgabe.

Von Freitag, den 16. bis Samstag, den 24. Juni, werden die von der Stadt angekauften Kartoffel ausgegeben.
Es wird dringend erucht, sich mit Kartoffel so weit einzudecken, daß sie bis zur neuen Ernte reichen. Nach Ablauf obiger Zeit werden die Kartoffel anderweitig verkauft. Bei reichlicher Nachfrage werden man sich nach dem, Zimmer 18, wenden.
Maftatt, den 14. Juni 1922. 1134 Kommunalverband Maftatt-Stadt.

Die beste und billigste Schuh-Reparatur

Henningers Gummibesohlung.

Herren-Sohlen u. Abs. . . . Mk. 80.-
Damen-Sohlen u. Abs. . . . Mk. 72.-
Lederarbeiten in bester Ausführung.
Hauptgeschäft Kaiser-Allee 145.
Haltestelle Philippstraße. Telefon 5329.
4087 Annahmestellen wie bekannt.

Karlsruhe-Küppurr.

Am 1. Juli d. J. suchen wir für unsere hiesige Agentur zuverlässigen

Zeitungsträger(in)

Bewerber oder Bewerberinnen wollen sich a 10 da 10 beim Vorstehen des Sozialdemokratischen Vereins in Küppurr-Garten, Herrn Josef Seiler, melden.
Buchdruckerei und Verlag des Volksfreunds, Geß & Co.

Maschinen,

gelenker Schloßer, zur Bedienung einer Zentralheizungs-Anlage und Lokomobile alsbald gef u g z. Bezahlung nach Zahlungsgruppe I des hiesigen Reichs. Bewerbungen mit kurzem Lebenslauf und Preisanschlägen sind bis spätestens Montag, den 19. ds. Mst., einzureichen.
Stadtbanamt Maftatt. 1138

Matratzen und Polstermöbel werden billig angefertigt sowie neu angefertigt.
Kammerer, Wilhelmstraße 35. 1137

Umzugsbeihilfen für die Freimachung von Wohnungen!

1. Was beantragt Familien zusammenziehen?
Die gemeinnützige Haushaltungsbewilligung bei Lebensunterhalt; außerdem gewährt die Stadt eine Beihilfe für die Zusammenlegung.
2. Wer kann eine Umzugsbeihilfe erhalten?
Wer eine Wohnung freimacht, indem er seinen Haushalt mit dem eines anderen Wohnungsinhabers in Karlsruhe vereinigt oder von Karlsruhe ohne Laich fortzieht.
3. Wieviel kann die Beihilfe betragen?
Das Sechsfache der Quartiersmiete, d. h. etwa das Doppelte der heutigen Miete, höchstens jedoch Mk. 1000.— für jedes Zimmer, sowie die Küche.
4. Bis ist der Antrag einzureichen?
Mit dem hies. Wohnungsamt, wo entsprechende Vorbrücke zu erhalten sind.
5. Wann ist der Antrag zu stellen?
Mindestens 4 Wochen vor dem beabsichtigten Umzug.
Karlsruhe, den 14. Juni 1922. 1130
Städt. Wohnungsamt.

Paul Mühlenhaupt

Delikatessen und Lebensmittel

Kapellenstr. 3 Maftatt Telefon 526

Große Auswahl in nord- und süddeutschen Würstwaren

Ausschnitt — Eier — Butter — Käse

geräucherter Fische, Fischmarinaden

Wein — Rognak — Liköre

Lee — Kakao — Kaffee — Kekes

Pumpernickel u. Roggenstrotbrot

Seichte Koz Rehe.

Volks-Buchhandlung

der Sozialdemokratischen Partei befindet sich

Adlerstrasse 16 **Karlsruhe** Telefon 3701.

Th. Zenker

Kaisersstr. 61
gegenüb. der
Hochschule

Mützenmacherei

Hüte, Mützen
Schirme
Stöcke

Sport-Artikel
Umformen
aller Hüte